

Reformelite, die genügend Mut und Tatkraft besessen hat, ihr Land aus dem Gewebe von organisiertem Mißtrauen, verkrusteten Dogmen und lähmender Repression zu befreien, in dem es zu ersticken drohte. Es ist in gleichem Maße natürlich auch ein Sieg all der Reformer und Revolutionäre in den Ländern des Sowjetimperiums, die in unsicheren Zeiten viel riskiert haben, um diesen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwei Elemente eines Siegs des Westens sind in dem Geschehen allerdings doch auszumachen. Nach der Reagan-Administration ließ sich auch die Bush-Administration aus Vorsicht und Unkenntnis bemerkenswert viel Zeit, ehe sie den Reformprozeß in der Sowjetunion dann doch aktiv unterstützte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfestellung blieb sie bis zum Schluß weit hinter dem Möglichen und Sinnvollen zurück. Dann nahmen weder Bush noch Kohl bei der Durchsetzung der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO auf Gorbatschows innenpolitische Stellung sonderliche Rücksicht. Wieweit beide Entscheidungen dazu beitrugen, einen geordneteren Übergang von der Sowjetunion zu den postkommunistischen Gesellschaften zu verhindern, als wir ihn gegenwärtig erleben, werden erst künftige Analysen der Moskauer Entscheidungsprozesse vor dem Putschversuch vom August 1991 zeigen. Aber daß beide Momente beim Scheitern Gorbatschows eine Rolle spielten, sollte bei aller Einsicht in die moralische und realpolitische Unabdingbarkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anerkannt werden. „Die Tatsache, daß Gorbatschow die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte“, so erklärte sein kurzzeitiger Außenminister Bessmertnych 1991, „war eine der meist gehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.“ Wie alle großen politischen Entscheidungen, so hatte auch diese – für die Deutschen und ihre Verbündeten relativ bequeme – Lösung der deutschen Frage ihren Preis. Ich sage das nicht notwendigerweise als Kritik, wohl aber als Hinweis auf das Erbe, mit dem wir nun umzugehen haben. Danke (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen beiden herzlichen Dank. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und zwar in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe. Wir beginnen mit einem kurzen Statement von Herrn Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder Wissenschaftler, der vor der Frage steht, sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik zu befassen, steht vor fast unüberwindlichen Hindernissen. Die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren ist das eine, die Gewichtung das andere, die Interdependenz, die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Faktoren ist ein Drittes. Dies alles zusammengenommen führt uns zu großen Schwierigkeiten, ob wir überhaupt in der Lage sind, in der jeweiligen historischen Situation angemessen herauszuarbeiten, was was bestimmt hat und warum es so und nicht anders gelaufen ist.

Ich habe als Politikwissenschaftler einmal den Versuch gemacht, Faktoren zu summieren. Ich bin allein auf 15 Bestimmungsfaktoren gekommen, die ich jetzt nicht vortragen kann und will; vielleicht werde ich es Ihnen einmal in einem schematischen Aufriß verdeutlichen. Es beginnt bei den geographischen Fragen. Die Geographie hat als Faktor der internationalen Politik natürlich eine große Rolle gespielt; ich brauche das jetzt nicht im einzelnen darzulegen. Genausowenig darf ein weiterer Punkt außer acht gelassen werden – bei den Historikern klang er hier gelegentlich an, hat aber viel größere Beachtung zu finden –: die Rolle der Persönlichkeiten, der Staatsmänner. Es ist ein Unterschied, ob es ein Eisenhower, ein Kennedy, ein Bush usw. war, der an der Spitze Amerikas stand, und ob auf der anderen Seite – das haben wir im letzten Beitrag spüren können – Stalin, Chruschtschow, Breschnew oder Gorbatschow im Amt waren. Man könnte das weiter fortsetzen.

Lassen Sie mich ganz knapp auf drei grundsätzliche Strukturelemente abheben. Ich meine, sie müßten ein wenig systematischer verdeutlicht werden. Dies liegt an einer spezifisch historischen Betrachtungsweise, die prozessual vorgeht. Im Unterschied dazu bemüht sich der Politikwissenschaftler, strukturell aufzuhellen, Systeme aufzuzeigen, um damit die Diskussion ein wenig zu erleichtern. Es handelt sich erstens um den historischen Aspekt, zweitens den Konflikt als solchen im Weltmaßstab und drittens das Problem der Bedrohung.

Erstens. Ich glaube, es greift zu kurz, die Frage nach der Deutschlandpolitik, der Teilung Deutschlands und Europas erst mit dem Jahr 1945 beginnen zu lassen. Herr Wilke hat darauf heute vormittag schon ein wenig hingewiesen. Lassen Sie mich das an drei Daten verdeutlichen: 22. Juni 1941, 11. Dezember 1941 und 25. April 1945. Was meine ich damit? Auch Herr Graml hat davon gesprochen: Ohne die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik in der räumlichen Ausdehnung – Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941, Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika im Dezember 1941 – wurden zwei, wie ich meine, „unnatürliche“ Bündnispartner, USA, Großbritannien (mit Frankreich) und UdSSR, zusammengeschiedet. Am 25. April 1945 drangen in das machtpolitische Vakuum Mitteleuropas jene Siegermächte ein, von denen bei Herrn Graml ansatzweise schon die Rede war. Hier würde ich ansetzen. Da ist der Ausgangspunkt für die Teilung Deutschlands und Europas mit all ihren Konsequenzen, weil sie sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen nicht in der Lage sahen, Deutschland einheitlich zu regieren.

Ein Weiteres gehört zur historischen Perspektive, und wir sollten das nicht gering achten. Der Wissenschaftler, diejenigen, die sich mit internationalen Beziehungen und vor allen Dingen mit den Faktoren, die das Handeln der Verantwortlichen bestimmt haben, befassen, müssen ein hohes Maß an Empathie besitzen, der Fähigkeit, sich in die Rolle des anderen, in die

Interessenlage des anderen hineinzusetzen. Hier spielt, wenn man die sowjetische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, natürlich all das hinein, was an Furchtbarem in Rußland im Namen Deutschlands und von Deutschen geschehen ist. Dies reicht von der Vernichtungspolitik bis hin – ich sage das ganz bewußt – zu jenem barbarischen Feindbild des Untermenschen. Alle diese Dinge, die Feindbilder auf beiden Seiten haben vice versa eine Rolle gespielt und haben das Klima der Beziehungen vergiftet. Wenn man also den großen Dialog zwischen deutschen und sowjetischen Politikern verfolgt – ich greife vor allem das Jahr 1955 heraus; denken Sie an den Besuch Adenauers in Moskau! –, so sieht man, in welchem hohem Maße diese Erfahrungen in unseren bilateralen Beziehungen eine Rolle gespielt haben. Diese Dinge haben unter dem Gesichtspunkt der sogenannten besseren Gesellschaft, der sogenannten friedlicheren Gesellschaft, der Sicherheit vor Deutschland für die sowjetische Politik bis in die 70er, 80er Jahre große Bedeutung gehabt. Dies gilt unabhängig davon, daß durch das sogenannte Klassenfeindbild natürlich eine maßlose Übersteigerung gegeben war. Wir sollten der historischen Entwicklung noch mehr Rechnung tragen und uns klarmachen: Dies war der Ausgangspunkt, dies war die Herausforderung. Die gescheiterte Antwort auf die nationalsozialistischfaschistische Herausforderung ist eben das, was uns nach 1945 begegnete.

Zweitens. Vielleicht sollte man mit wenigen Worten darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Konflikt – 1945 als Ausgangspunkt wäre zu spät gegriffen, man kann bis in das Jahr 1917 zurückgehen – um einen weltpolitischen Konflikt gehandelt hat, der zum einen durch machtpolitisch-ökonomische Rivalitäten geprägt war. Hier wird man sich klarmachen müssen, daß für uns, die deutsche Politik, das jeweilige Verhältnis der Amerikaner zu den Russen, den Sowjets ganz entscheidend gewesen ist. Je nachdem gab es – man kann das in einer Fieberkurve darstellen – Möglichkeiten des Ansatzes einer Kooperation und Krisenpunkte, die wir uns am Beispiel Berlin schon haben verdeutlichen können. Dies war nicht nur von der machtpolitischen Rivalität, sondern von dem Antagonismus der Systeme geprägt. Anders formuliert – das zieht sich wie ein roter Faden bis in das Jahr 1989 hindurch; denken sie an die letzte Rede von Herrn Honecker, das „friedlichste System“ sei der Sozialismus! –: Es waren sich nicht nur widersprechende, sondern gegenseitig ausschließende Ordnungsvorstellungen; sie waren nicht überbrückbar. Man konnte nur versuchen, miteinander zu koexistieren. Da gab es die verschiedensten Konzeptionen aus der jeweiligen historischen Sicht. Diese Dinge waren mit einem Rüstungswettlauf, mit Problemen des Feindbildes verbunden. Beide Seiten, die weltpolitischen Rivalen Amerika und Sowjetunion – Herr Graml hat davon gesprochen –, blieben bestrebt, die jeweiligen Teile Deutschlands nicht zu integrieren, sondern – als Voraussetzung eines einigermaßen annehmbaren Gleichgewichts

im Mächtchenkalkül – fest an sich zu binden, was uns an Politik seit 1945 in dramatischer Weise bestimmt hat. Man muß diesen besonderen Charakter, der noch mit einem steten Propagandakrieg gekoppelt war, sehen.

Damit bin ich schon beim letzten, beim dritten Punkt, den ich nur andeuten möchte. Als besonderes Problem der Deutschlandpolitik, Stichwort internationale Rahmenbedingungen, würde ich das Bedrohungssyndrom nennen. Es ist eine Tragik der deutschen Geschichte, der europäischen Geschichte, ja, der Weltgeschichte, daß dieses Bedrohungssyndrom bis in die 80er Jahre hinein die Weltpolitik dominiert hat. Ich glaube, da sind z. T. beide Seiten schuldig geworden. Sie haben sich nicht hinreichend klargemacht, was überhaupt eine Bedrohung ist. Ich spreche jetzt nicht von der ideologischen Bedrohung, sondern von jener, die uns immer wieder beschäftigt hat. Es gibt über die Verantwortung Westdeutschlands im NATO-Bündnis und die Rolle der DDR im Ostblock als Partner bzw. als Juniorpartner der Sowjetunion Bibliotheken. Beide Seiten sind – ich sage das bewußt und vielleicht ein wenig provokativ; mit Generalen habe ich darüber gesprochen und habe natürlich nicht immer Zustimmung gefunden; ich weiß nicht, ob es hier anders sein wird – im Lauf der Jahre, insbesondere in den Jahren der Entspannungspolitik, von den Ideen eines Clausewitz abgewichen.

Was will ich damit sagen? Ich möchte es am Beispiel Konrad Adenauers zu verdeutlichen versuchen. Konrad Adenauer befürchtete in seiner Zeit subjektiv und damals aus verständlichen Gründen – es gab einige Erfahrungen, von denen er ausging, angefangen von einer Expansion des sowjetischen Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis Korea –, die sowjetische Politik würde mittels Gewalt, mit militärischen Mitteln versuchen, den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab zu sichern, also bis zum Atlantik vorstoßen. Davon war er zunächst überzeugt, wenngleich er auch in den 60er Jahren von dieser Extremposition ein wenig abgekommen ist. Immerhin hat er ein Szenario gehabt, nach dem die andere Seite, d. h. die sowjetkommunistische, politische Ziele möglicherweise mit militärischen Mitteln würde durchsetzen wollen.

Merkwürdigerweise ist man in den 70er und 80er Jahren von dieser unlösbaren Wechselwirkung von Politik und militärischer Kriegführung abgekommen und hat Bedrohungen nur noch unter dem Aspekt von militärischen Potentialen gesehen bzw. gewertet und sie bereits als Drohung deklariert. Dies geschah, obwohl sich beide Seiten – dies ist am Beispiel Berlins schon deutlich geworden – in den 70er und 80er Jahren zugestanden haben, nicht erkennen zu können, daß die jeweils andere Seite bewußt, und zwar nicht innerhalb des Blocks, sondern zwischen den Blöcken, politische Ziele verfolgen würde, die den Einsatz militärischer Mittel rechtfertigen oder die mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollten. Das ist eigentlich das Befremdliche. Hier zeigt sich das Phänomen, in welchem hohem Maße die Deutschlandpolitik

von Fehleinschätzungen beeinflusst worden ist. Viele Wahrnehmungen auf beiden Seiten waren einseitig und daher kaum zutreffend. Gerechterweise hätte man eigentlich nur dann von einer Bedrohung sprechen können, wenn man in gleicher Weise wie etwa Adenauer von dem subjektiven Gefühl ausgegangen wäre, daß die andere Seite tatsächlich mit militärischen Mitteln würde durchsetzen wollen, was im Nuklearzeitalter sowieso ein Problem sui generis gewesen wäre.

Ich kann dies im einzelnen nicht weiter ausführen, weil mein Beitrag ein kurzer sein sollte. Im Zusammenhang mit dem Bedrohungssyndrom und der immer wieder konstatierten Überlegenheit auf militärischem Gebiet im Osten möchte ich aber noch folgendes hinzufügen. Ich habe mich vehement dagegen ausgesprochen, die Bedrohung allein von militärischen Potentialen abzuleiten. Erst dann, wenn der Zusammenhang zwischen Politik und militärischer Ambition deutlich wird, wäre das der Fall. Anderenfalls sollte man von einer Gefährdung, aber nicht von einer Bedrohung sprechen. Wir wissen heute, daß die „Überrüstung“, die riesigen Potentiale auf östlicher Seite natürlich auch eine Konsequenz des Zweiten Weltkrieges gewesen sind. Die Sowjetunion hat von Anfang an zu erkennen gegeben, es dürfe sich nicht wiederholen, was im Jahr 1941 eingetreten war, daß ein Gegner tief in das eigene Land eindringen kann. Diese militärische Stärke war ein Symptom aber auch dafür, daß die Sowjetunion zu kompensieren versuchte. Die Sowjetunion hat letzten Endes mehr und mehr – bei Gorbatschow wurde das besonders deutlich – zugeben müssen, daß sie den Systemwettbewerb nicht gewinnen kann. Sie konnte den Anspruch, gleich stark wie die Amerikaner zu sein, also den Weltmachtstatus nur garantieren und als gesichert betrachten, solange man militärisch so stark war oder glaubte, so stark sein zu können, wie es Gorbatschow mit Recht kritisierte: Unser Grundfehler war, daß wir angenommen haben, wir müßten so stark sein wie alle unsere Gegner zusammen; das hat den Ruin bedeutet, weil wir nicht in der Lage waren, das zu finanzieren. – Die Überrüstung ist eben auch ein Teil der Kompensationsstrategie und darf nicht allein unter militärischen Kategorien gesehen werden.

Dies alles zusammengenommen kann vielleicht ein wenig verdeutlichen, wie schwierig es bei einer angemessenen Beurteilung der Bestimmungsfaktoren des internationalen Systems ist, der jeweiligen Seite, ihrem Handeln und ihren Intentionen gerecht zu werden. Hinzu kommt, daß der Mitteleinsatz im Lauf der Jahre schwankte. Der Konflikt blieb bis 1989. Der Mitteleinsatz – davon war heute vormittag schon die Rede – änderte sich ab 1962/63, weil man nicht das direkte Verfahren glaubte einsetzen zu müssen – der Mitteleinsatz war 1961/62 gescheitert –, sondern jetzt andere, indirekte Methoden meinte ausprobieren zu müssen. Dies ist das, was wir die antagonistische Kooperation nennen. Mit ihrer Hilfe konnte das Sowjetimperium aufgelockert, revolutionär weiterentwickelt werden und damit möglicherweise eine Politik verwirklicht

werden, die uns der Einheit Deutschlands nähergebracht hat. Daß es dann im Jahre 1989/90 so gekommen ist, ist wieder in einem anderen Zusammenhang (Ära Gorbatschow) noch konkreter zu erörtern. Herr Loth hat darauf hingewiesen: Entdogmatisierung, Entmilitarisierung und die freie Wahl des Weges haben bewirkt, den Weg für die Einheit Deutschlands zu ebnen. Ich bedanke mich. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen herzlichen Dank. Auf meinem Zettel stehen im Augenblick 15 Wortmeldungen. Ich gehe davon aus, daß sich jeder, der zu diesem Thema etwas sagen will, gemeldet hat, und schließe damit die Rednerliste. Es beginnt Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich möchte eine Anmerkung zu dem Referat von Ihnen, Herr Graml, machen. Sie haben davon gesprochen, daß die westdeutsche Bevölkerung in den 40er und sicherlich auch in den 50er Jahren von einem großen Sicherheitsbedürfnis gerade gegenüber der Sowjetunion, der sowjetischen Besatzungszone, der DDR, beherrscht war. Das ist richtig. Aber mir fehlt da ein Punkt. Ich glaube, daß sich die westdeutsche Bevölkerung auch in ihren Wertvorstellungen dem Westen sehr viel näher fühlte als den sowjetischen Vorstellungen. Das heißt, es gibt auch eine ideologische Komponente in – jedenfalls in meiner Sicht – positivem Sinne. Es gab keine Äquidistanz, nicht in den 40er, nicht in den 50er, nicht in den 60er Jahren. Ende der 60er Jahre beginnt in gewissen politischen Kreisen eine Äquidistanz zu den beiden Blöcken. Adenauer hat in den Wahlen große Zustimmung erhalten. Herr Jacobsen sagte, bei den ersten Wahlen konnte das noch nicht sein. Dies konnte es natürlich nicht. Eine Zustimmung konnte sich erst herausbilden, nachdem Adenauer seine Regierungspolitik formuliert hatte. 1957 war der Kulminationspunkt. Ich glaube, daß da die Identifizierung der westdeutschen Bevölkerung mit den Wertvorstellungen Demokratie und Freiheit voll zum Durchbruch gekommen war. Diese Komponente muß man sehr deutlich im Auge haben. Davon kam beim Statement der Kollegin Wisniewski einiges zum Ausdruck.

Nun zu dem Referat von Ihnen, Herr Loth. Erlauben Sie mir, wenn ich sage, Sie haben Ihr Thema ein bißchen eingeengt. Ihr Thema heißt „Internationale Rahmenbedingungen“. Ich hätte mir z. B. gewünscht, daß Sie nicht nur über Sicherheitspolitik sprechen, sondern auch über wirtschaftliche Entwicklungen. Sie haben selber angemerkt – ich kann das nur unterstreichen –, daß das Einlenken Gorbatschows in der Rüstungsfrage, in der Sicherheitspolitik maßgeblich von wirtschaftlichen Faktoren geleitet war. Wenn wir uns heute mit der DDR beschäftigen, dann wissen wir, daß der Zusammenbruch dieses Systems sehr weitgehend auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen ist. Ich denke, wir – ich sage das für die Enquete-Kommission – müssen diesem Punkt sicher noch größere Aufmerksamkeit widmen. Herr Loth, Sie haben die Ostverträge, den Grundlagenvertrag erwähnt und haben betont,

daß es von da an in Deutschland politisch eine starke Hinwendung zur Zweistaatlichkeit gab. Ich möchte sofort hinzufügen, daß zumindest die amtliche Politik aller Bundesregierungen, aller Verfassungsorgane durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts geprägt war. Dieses Urteil wird in der Diskussion leider immer ein bißchen weggedrückt. Das Urteil ist auf der Grundlage der Klage Bayerns ergangen. Das Bundesverfassungsgericht hat alle Verfassungsorgane auf das Gebot der Einheit verpflichtet. Dies war die Schranke gegenüber der schrankenlosen Zweistaatlichkeit. Sicherlich haben Politiker in der alten Bundesrepublik sehr stark auf Zweistaatlichkeit gesetzt. Aber die Verfassungsorgane und deshalb auch – ich spreche durchaus im Plural – die Bundesregierungen hatten hier eine Schranke. –

Es würde mich, Herr Loth, sehr reizen, in eine Diskussion über die NATO-Nachrüstung und die gesamte Sicherheitspolitik einzusteigen. Wir werden dazu in der Enquete-Kommission in 14 Tagen, Herr Weisskirchen, ein gesondertes Referat hören. Mir war das, was Sie dazu gesagt haben, zu undifferenziert. Die Zeit erlaubte auch nicht mehr. Ich möchte nur einen wichtigen Punkt erwähnen. Die sowjetischen SS-20-Raketen waren ausdrücklich auf Mitteleuropa gerichtet, mit einem politischen Ziel, der Loslösung Mitteleuropas von den Vereinigten Staaten. Dies ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, den wir bei der weiteren Behandlung dieses Themas beachten müssen.

Letzte Bemerkung. Es mag Sie nicht verwundern, Herr Loth: Daß Sie gesagt haben, es sei eine bequeme Lösung gewesen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Einheit der NATO beigetreten ist, vermag ich nicht mit zu vollziehen. Es war für mich – ich war damals Mitglied der Bundesregierung – die einzig mögliche, politisch gewollte Lösung. Es stand nicht das Motiv der Bequemlichkeit im Vordergrund. Es war eine politische, eine normative Lösung. Eine andere wäre für uns nicht in Frage gekommen, und zwar – ich möchte das betonen – aus vielerlei Gründen. Genauso hat die Einbettung des deutschen in den europäischen Prozeß sehr viele Gründe. Herr Jacobsen hat eben auf die strategische, auf die räumliche Situation Deutschlands verwiesen. Wenn Sie es nicht so verstanden haben, können Sie es gleich korrigieren. Mir schien es, so wie Sie es ausgedrückt haben, zumindest verlässlich.

Sie haben gesagt, es war kein Sieg des Westens, aber Sie haben dies nachher relativiert. Natürlich war es kein plumper Sieg nach dem Motto „Holzhammer drauf, Affe tot, Westen hat gewonnen“. Aber entschuldigen Sie, Sie haben es selber gesagt, die Wertvorstellungen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung etc. haben sich letztlich durchgesetzt. Dies sind die Wertvorstellungen des Westens gewesen. Auch deshalb hat sich die deutsche Bevölkerung nach 1945 in ihrer Mehrheit am Westen orientiert. Ich komme damit zu meinem Anfang zurück: Insoweit war es natürlich ein

Sieg westlicher Wertvorstellungen. Aber vielleicht sind wir da mit unseren Meinungen gar nicht auseinander.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich möchte zunächst an dem Referat von Herrn Graml ansetzen. Ich finde es gut, daß Sie einmal die Metastruktur geschildert haben, weil gelegentlich überschätzt wird, was an Handlungsfähigkeit erst ganz langsam und immer in einem relativ begrenzten Rahmen gewachsen ist. Um es mit einem plastischen Zitat zu belegen: Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismany, hat einmal gesagt, die NATO hätte die Funktion, die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Mit dem letzten Teil dieses Satzes wird angedeutet, daß die westlichen Bündnisse auch die Funktion hatten und teilweise noch haben, Sicherheit nicht nur für Deutschland und Westeuropa, sondern natürlich auch vor Deutschland zu gewähren.

Ich komme zur Situation von 1952 und deren Rekonstruktion. Wir sind immer noch in einer Phase, in der wir sozusagen Teilindizienprozesse führen, weil auch nach der Öffnung einiger östlicher Archive bestimmte Dinge noch nicht erreichbar sind. Kollege Eppelmann war mit mir, Herrn Jacobsen und weiteren Sachverständigen in Moskau. Allein die Diskussion über die brisanten Dinge, die im sogenannten Präsidentenarchiv liegen, zeigt, wie schwer der Zugang selbst für russische Historiker in dieser Hinsicht ist. Meiner Erinnerung nach hat auch Herr Wettig in dem Aufsatz im „Deutschland Archiv“ nur die Entwürfe aus dem Außenministerium, die teilweise besser zugänglich sind, verwendet. Andere haben wir noch nicht. Bei einer Betrachtung der damaligen ideologischen Diskussion in der Sowjetunion wird deutlich, daß ein Mann wie Eugen Varga, der aus Ungarn stammende Ökonom, eine Neueinschätzung der Situation Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre vorgenommen hat. Er hat gesagt: Deutschland und Japan, die besiegt wurden, werden aufgrund ihrer zentralen Rolle für die Wirtschaft, die Technologie und die Forschung ihren Platz in der Welt über kurz oder lang wieder einnehmen; deswegen würden die alten Ambitionen wiederkehren, und das sei eine Möglichkeit, praktisch den Spaltpilz in die kapitalistischen Staaten selbst hineinzuverlegen. Auch solche Überlegungen haben sicherlich dazu geführt, daß zumindest die Note vom März 1952 attraktiver als die ursprünglichen Entwürfe gestaltet war. In der Aprilnote wird es schon deutlicher: Die Noten 3 und 4 dienen in der Tat sehr stark propagandistischen Bedürfnissen. Man distanziert sich ein Stück und verfällt in die üblichen Methoden des Propagandakrieges.

Ich möchte etwas zur westlichen Einschätzung sagen, nachdem Sie gesagt haben, Adenauer hätte überhaupt keine Rolle gespielt. Adenauer hat in seinen Memoiren stolz berichtet, daß ihn der französische Hochkommissar André Francois-Poncet dringlich mehrfach aufgefordert habe, dieses Angebot auszuloten, weil er hinterher wieder eine neue Durchstoßlegende befürchtete. Gleichwohl hat Adenauer gesagt: Das ist nicht notwendig, das brauchen wir

nicht, Integration geht vor. Er hat dafür gute Gründe gehabt. Das war in der Tat wahrscheinlich das Ausschlaggebende. Die Asymmetrie zwischen den Westmächten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite ist da ganz offensichtlich. Es zeigt sich bis 1989/90, daß in dem Moment, wo eine breite demokratische Volksbewegung, wo auch immer sie entstehen mag, darauf dringt, daß verhandelt wird, ein demokratisches Land, eine demokratische Gesellschaft, eine demokratische Öffentlichkeit, wie sie im Westen existierte, ganz anders gefordert ist als ein Land, in dem sehr stark von oben von einer Person oder von einer kleinen Gruppe entschieden wird.

Diese Volksbewegung gab es zumindest in Westdeutschland 1952 in der Tat nicht.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Meine Fragen beziehen sich auf zwei erste Bemerkungen von Herrn Jacobsen und Herrn Graml. Herr Jacobsen hat gesagt, daß die Wertung von Ereignissen so wichtig ist. Damit komme ich auf Herrn Graml zu sprechen. Sie hatten gesagt, daß nach Ihrer Meinung die Nachkriegsgeschichte am 7. Mai 1945 begonnen hat. Für meine Begriffe begann sie schon am 11. Februar in Jalta, als die Konferenz zu Ende gegangen ist. Ich kann mich deshalb so gut an dieses Datum erinnern, weil es mein Geburtstag ist und ich dann hinterher notgetauft worden bin. Was in Jalta beschlossen worden ist, war die Aufteilung Deutschlands. Der Morgenthau-Plan, der die Zersplitterung Deutschlands vorgesehen hat, wurde dort an und für sich verworfen. So sind meine Geschichtskennntnisse, aber ich bin kein Historiker, sondern ganz neuer Bundestagsabgeordneter.

Eine Frage noch an Herrn Professor Loth. War es nicht die Friedlichkeit der Revolution, die letzten Endes auch in Amerika und vor allen Dingen in Frankreich für große Sympathie gesorgt hat und dort die Bereitschaft ausgelöst hat, der deutschen Einheit zuzustimmen? Hat sich nicht während des revolutionären Prozesses das Militär hinter die besonnenen Kräfte gestellt, wie man überhaupt feststellt, daß sich in dieser revolutionären Zeit das Militär meistens hinter die besonnenen Kräfte stellt? Dies halte ich für einen der größten Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Herrn Graml. Ich bin sehr froh, daß Sie die Vorgeschichte angedeutet haben – Herr Jacobsen hat diese Aspekte vertieft –, die nicht nur die Konstellation der Nachkriegszeit, sondern auch die Haltung gegenüber Deutschland prägt; das muß man sich immer wieder vergegenwärtigen. Aber, Herr Graml, hier stellt sich die Frage nach der Haltung des Westens zur Wiedervereinigung in den 50er Jahren. Wir werden sicher zwischen verschiedenen Phasen unterscheiden müssen, aber auch zwischen den einzelnen Westmächten, die hier unterschiedliche Haltungen eingenommen haben. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn Sie die französische, englische und amerikanische Haltung etwas skizzieren würden. Wie weit ging die Unterstützung der Wiedervereinigungsforderung der Bundesrepublik? Von

Hartmut Soell ist eben darauf hingewiesen worden, Sinn der NATO sei, „the Russians out, the Americans in and the Germans down“ zu halten. Ist das die Haltung gewesen, die die Westmächte mit Blick auf den Sinn der NATO insgesamt geteilt haben? Oder können Sie bestimmte Differenzierungen im Hinblick auf die Frage der Wiedervereinigung vornehmen?

Zweite Frage in diesem Zusammenhang. Wie würden Sie vor diesem Hintergrund die Adenauersche Politik und die Darstellung der Adenauerschen Politik in der deutschen Öffentlichkeit bewerten? Diese Politik hat die Komponente der Kontrolle deutscher Politik durch die Westmächte sehr weggedrängt, nicht offen aussprechen können oder wollen. Aber sie hat im Grunde genommen den Anschein erweckt, als ob die Westmächte die Wiedervereinigungspolitik mittragen würden. Basiert vor diesem Hintergrund die Wiedervereinigungspolitik Adenauers nicht doch auf bestimmten Illusionen, und ist sie nicht doch zu einem Teil Rhetorik gewesen? Adenauer hatte ja genauere Kenntnisse auch der Stimmungslagen der anderen Länder.

Was die unmittelbare Beurteilung der Stalin-Note angeht, würde ich mit Soell übereinstimmen, daß zwar sehr gute Gründe für Ihre Position im Gegensatz zu der Steiningerschen Position sprechen. Aber wir sind noch nicht am Ende dieses Aufarbeitungsprozesses angekommen. Es ist noch manches offen. Ich weise nur darauf hin, daß es in dieser Phase auch im Bereich der SED Verunsicherungen gegeben hat, die darauf hindeuten, daß einige über die sowjetische Politik irritiert waren.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die sind ja erst nachher eingeladen worden!)

– Eben. – Diese Dinge müßten wir in die Betrachtung einbeziehen.

Eine Frage würde ich gern an Herrn Loth stellen. Für uns ist die Beurteilung der Spielräume deutscher Politik, westdeutscher Politik, aber auch der DDR-Politik wichtig. Es ist doch keine Frage, daß die Spielräume westdeutscher Politik trotz der wichtigen Rolle der Supermächte und der Bipolarität durch die sogenannte „neue Ostpolitik“ erheblich gewachsen sind. Wie würden Sie die Spielräume der DDR Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre beurteilen, wie die der Bundesrepublik? Es gab immerhin Ansätze, etwa vor dem Hintergrund der Afghanistan-Krise, eine deutsch-deutsche Ebene in der internationalen Politik zu entwickeln, Ansätze, die, darauf hindeuten, daß die deutsch-deutsche Politik nicht ausschließlich als eine Funktion der internationalen Politik begriffen werden kann. Vielleicht können Sie die Spielräume der deutsch-deutschen Politik im Kontext der Entwicklung der internationalen Beziehungen etwas näher kennzeichnen.

Abg. Hansen (F.D.P): Mit meiner ersten Bemerkung möchte ich mich an Herrn Graml wenden und greife das auf, was Herr Soell und Herr Faulenbach angesprochen haben, nämlich die Stalin-Note. Mich wundert doch sehr, daß sie immer wieder neu aufgegriffen wird. Vielleicht ist es aber auch nicht erstaunlich. Wir haben 40 Jahre Forschungsjagd auf diese

Stalin-Note schon hinter uns. Es waren auch 40 Jahre der Diskussion und der Legendenbildung. Ich habe aufgrund der weiteren Nachfragen den Eindruck, daß die Legendenbildung noch nicht beendet ist, sondern geradezu fortgesetzt werden soll. Ich hatte gedacht, daß nach Ihrer Äußerung, Herr Graml, und der Untersuchung von Herrn Wettig die Diskussion über die Stalin-Note abgeschlossen werden könnte, soweit man wissenschaftliche Prozesse überhaupt als abschließbar bezeichnen kann. Mit den Vermutungen der beiden Kollegen, die eben gesprochen haben – sie können es eigentlich nur vermuten und es nur mit einer Frage belegen –, scheint mir die Diskussion fortgesetzt zu werden. Die Frage ist aber nicht so sehr, ob die wissenschaftliche Diskussion beendet ist, sondern daß diese immer zugleich in eine politische Diskussion übergeht. Das nenne ich dann die Legendenbildung. Wo ist gerade in bezug auf die Stalin-Note der Grat zwischen Wissenschaft und Politik? Vielleicht kann uns unser Experte dazu noch etwas sagen.

Bei Herrn Loth möchte ich das aufgreifen, was Sie mit dem relativ bequemen Ergebnis bezeichnet haben. Ich habe es allerdings nicht so wie Frau Dr. Wilms verstanden. Ich habe es so verstanden, daß Sie von der deutschen Einheit insgesamt gesprochen haben. Es besteht natürlich die Frage, wieweit man von einem relativ bequemen Ergebnis spricht, wenn man andererseits – an anderer Stelle haben Sie das getan – darstellt, wie komplex die Bedingungen innerhalb Deutschlands, d. h. beider deutschen Seiten, und wie die internationalen Bedingungen in Ost und West insgesamt waren. Vielleicht machen Sie es sich hier zu einfach.

Ich greife dann eine Bemerkung von Herrn Jacobsen auf. Ich weiß nicht, ob ich damit Herrn Loth oder Herrn Jacobsen selbst befassen darf. Es gab den Hinweis auf den 7. Mai 1945, auf das Jahr 1941, und Herr Jacobsen hat als Stichjahr sogar 1917 genannt. Taucht damit heute in diesem Raum unausgesprochen nicht eine These auf, die von anderen, von Nolte, mit dem Begriff europäischer Bürgerkrieg belegt wird? Sind wir nicht mit dem Jahr 1989/90 in, wie gesagt worden ist, die Endphase einer Epoche des Kampfes antagonistischer Systeme gekommen? Ist daher die Nachkriegszeit bei aller Falschheit des Begriffs von der berühmten Stunde Null 1945 nicht tatsächlich in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, nämlich die Rolle Deutschlands in Europa, als sie auf das deutsch-deutsche Phänomen zu beschränken? Dies hat auch mit den wirtschaftlichen Fragen und der wirtschaftlichen Einbindung speziell Westdeutschlands zu tun und reicht bis in den Einigungsprozeß hinein. Die deutsche Frage sei Teil der europäischen Frage, und die deutsche Frage könne nur dann gelöst werden, wenn die europäische Einbindung gewährleistet sei. Dabei ist unterstellt, daß gerade die europäischen Nachbarn, nicht nur die zitierten Engländer und Franzosen, sondern auch die Italiener und die kleineren Nachbarn und erst recht die Amerikaner ganz besonderen Wert darauf gelegt haben, Sicherheit

vor Deutschland über den Weg der wirtschaftlichen Integration und der Einbindung zu erreichen.

Eine letzte Frage an Herrn Loth oder Herrn Jacobsen. Bei dem, was heute mit dem Begriff „Sieg des Westens“ bezeichnet worden ist, scheint mir das Stichwort KSZE zu kurz gekommen zu sein. Aus der Perspektive von Geheimdienstlern ist gerade Korb III als subversive Taktik des Westens entweder verkannt oder richtig beschrieben worden. Wird die Motivationslage redender, aber auch handelnder Politiker im Blick auf die KSZE-Akte mit der Formulierung, hier könne das Wort „Wandel durch Annäherung“ konkret umgesetzt werden, verkannt oder richtig beschrieben?

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Fragen richten sich an Herrn Loth. Es geht vor allem um die Einschätzung Gorbatschows und überhaupt die Einschätzung des Prozesses in den 80er Jahren. Ich spreche aus einer gewissen Kenntnis der Literatur. Die Quellen in Moskau sind, wie wir erfahren haben, weitestgehend unzugänglich. Übrigens hat Gorbatschow dafür in sehr großem Maß gesorgt, indem er Archive systematisch plündern ließ und u. a. ein Privatarchiv zusammengestellt hat, aus dem er je nachdem gewisse Dinge publizieren ließ. Mir stellt sich zunächst die Frage, wie es möglich wurde, daß Gorbatschow überhaupt an die Macht gekommen ist. Für mich sind die Ereignisse in Polen der entscheidende Punkt. Inzwischen ist nachgewiesen – zumindest gibt es Arbeiten von polnischen Historikern –, daß die Sowjetunion schon 1981 beim Riskieren innerer Unruhen nicht in der Lage war, überhaupt in Polen einzumarschieren. Herr Jaruzelski verbreitet in seinen Memoiren die Legende, daß er einer sowjetischen Intervention zuvorgekommen sei, indem er das Kriegsrecht verkündet hat.

Das nächste ist, daß es sich bei den polnischen Ereignissen im August 1980 schon nicht mehr um Reformkräfte handelte. Es gab eine antisozialistische Bewegung mit 8 Millionen Mitgliedern einer, wenn man so will, christlichen Gewerkschaft, die eindeutig auf den Sturz des Sozialismus hinsteuerte. Die Sowjetunion war – der Aspekt, den Frau Wilms nannte, spielt eine sehr wichtige Rolle – zu diesem Zeitpunkt weder wirtschaftlich noch militärisch in der Lage, überhaupt einzugreifen. Was lag also näher, einen Mann an die Spitze der Bewegung zu stellen – dies geschah allerdings nicht im Spiel der Kräfte, daß sich der Reformflügel gegen den orthodoxen Flügel gestellt hat –, der internationale Reputation genießt und sehr viel über Reform im Fernsehen geredet hat? Ich war zwischen 1985 und 1989 jedes Jahr ein paar Monate in Rußland, insbesondere in Moskau. Ich habe die tiefe Diskrepanz zwischen dem, was im Fernsehen und in öffentlichen Verlautbarungen gesagt wurde, und der Realität und vor allen Dingen, wie die einfachen Menschen über Gorbatschow gedacht haben, zu spüren bekommen. Da war von Reform überhaupt keine Rede. Wenn Sie davon sprechen, daß sich Gorbatschow Anfang 1989 zu rechtsstaatlichen Mitteln bekannt hat, dann müssen Sie mir

schon den Terminus Rechtsstaatlichkeit erklären. Ich verweise nur auf die Dinge, die beispielsweise im Baltikum abgelaufen sind. Des weiteren sind uns bei unserem Moskau-Aufenthalt mehr oder weniger deutlich Hinweise eines ziemlich bekannten Historikers, dessen Namen ich nicht nennen möchte, weil demnächst eine Publikation erscheinen wird, gegeben worden, daß der Anteil Gorbatschows an seinem eigenen Niedergang, d. h. die Inszenierung des Putsches, bisher nicht geklärt ist. Der Putsch hat ja nicht zu einer Niederlage der Militärs geführt, sondern im letzten Gorbatschow die Macht gekostet.

Des weiteren ist meines Erachtens die Vorstellung falsch, daß es sich bei den militärischen Kräften in Rußland um eine homogene Gruppe gehandelt hat. Es war immer so, daß es unterschiedliche Fraktionen gab. Das konnten Sie in Moskau 1985/86 an jeder Straßenecke, wenn Sie mit jemandem geredet haben, erfahren. Dies sind aber nur punktuelle Ansichten; ich habe darüber nie eine Akte gesehen. Ich kann nur aus eigener Erfahrung berichten. Daß die Militärs überhaupt nicht in der Lage waren, so ein Ding zu inszenieren, hat sich zweimal klar gezeigt, einmal bei dem sogenannten Gorbatschow-Putsch, der noch geklärt werden muß, und zum anderen in jüngster Zeit bei Jelzin. Die Frage für mich ist, inwiefern man überhaupt von einer Reformelite in der Sowjetunion sprechen kann, wie man sie überhaupt definiert, welche Ziele sie hatte. Muß man nicht vielmehr von einer Bestrebung oder einer Gruppierung innerhalb der Partei sprechen, die versucht hat, angesichts des Niedergangs der Wirtschaft und des politischen Zerfalls des Warschauer Pakts und überhaupt des sozialistischen Weltsystems das Sowjetimperium zu retten? Polen kommt in diesem Zusammenhang eine viel, viel größere Rolle zu, als bisher gesagt worden ist. (Beifall) Dieser Rettungsversuch geschah mit großem propagandistischem Aufwand. In Westeuropa war dies übrigens sehr erfolgreich. Gorbatschow ist heute in Westeuropa ein gefeierter Mann. Sie müssen einmal in Rußland nachfragen, was man über diesen Herrn dort denkt!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ausnahmsweise habe ich mich auch wieder auf die Rednerliste gesetzt. Ich möchte einer Anregung von Herrn Professor Jacobsen folgen und mir zwei Politiker ein wenig genauer ansehen, von denen ich den Eindruck habe, daß sie erheblichen Einfluß auf die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Politik gehabt haben. Der eine ist Reagan, und der andere ist Gorbatschow. Ich denke an einen Satz von Reagan – ich meine, daß er ihn so gesagt hat –, der mir in seiner fürchterlichen Logik ungeheuer grausam erscheint, aber ein Stück mit dem zu tun hat, was heute immer wieder eine Rolle gespielt hat: Wir müssen die Sowjetunion tottrüsten. Wenn ich dies heute betrachte, so meine ich, daß die Sowjetunion zu Verhandlungen gekommen ist und heute nicht mehr existiert, weil sie wirtschaftlich kaputtgegangen ist. Ich habe den Eindruck, daß das mit diesem Ansatz von Ronald Reagan etwas zu tun hat.

Zu Gorbatschow möchte ich zunächst eine These formulieren. Gorbatschow ist nicht deswegen Generalsekretär der KPdSU geworden, weil er im Auftrag des Politbüros der KPdSU die Wiedervereinigung Deutschlands erreichen sollte, sondern weil man hoffte, mit einem Mann wie Gorbatschow dafür Sorge tragen zu können, daß es auch im dritten Jahrtausend noch eine Sowjetunion gibt, daß sie von der KPdSU regiert wird und daß die Sowjetunion weiter wenigstens die zweite Supermacht neben dem Amerikanern sein wird. Was halten Sie von dieser These?

Wenn Sie den zitierten Satz des amerikanischen Präsidenten kennen und zweitens meine aufgestellte These teilen: Welchen Einfluß hat das auf das Handeln der beiden deutschen Regierungen und auf die internationalen Rahmenbedingungen, die wir vorgefunden haben, gehabt?

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich möchte noch einmal auf die Zeit 1945 zurückkommen und möchte darauf hinweisen, daß es zu diesem Zeitpunkt in verstärktem Maß eine Überschneidung der Tendenzen gegeben hat. Man war sich zunächst einig: Niederhaltung des besiegten Deutschlands, Kontrolle auf wie lange Zeit auch immer. Es gibt keinen Zweifel, daß dabei z. B. vor allem die Haltung der Amerikaner in bezug auf die Sowjetunion mangels Erfahrungen in der europäischen Politik von vielen Illusionen getragen war. Es ist an einem Beispiel deutlich geworden: Wenn wir heute, selbst im Vertrag von Maastricht, von der WEU, der westeuropäischen Verteidigungskomponente, sprechen, so muß man wissen, daß sie ursprünglich als ein Bündnis gegen das Wiederaufleben des deutschen Militarismus 1947 mit dem Vertrag von Dünkirchen entstanden ist. Verschränkt zu diesem gemeinsamen Interesse entwickelte sich sehr bald die Tatsache, daß die Sowjetunion versuchte, ihren Bereich auszudehnen. Es gab in diesem Bereich im Grunde genommen alle Optionen, weil immer wieder gesagt wird: Man hätte hier keine Änderung der Grenzen vornehmen können. Es gab z. B. eine Volksrepublik Aserbaidschan mit Truppen der Roten Armee in Nordpersien, die auf Druck der Westmächte, vor allem der Engländer, dann von den Sowjets selbst liquidiert wurde, und sie selbst zogen sich aus diesem Bereich zurück. Es gab den Bürgerkrieg in Griechenland, der auf die Verhältnisse in Europa ganz andere Auswirkungen hatte. Ich erwähne ihn deswegen, weil vorhin vom subjektiven Eindruck von Adenauer die Rede war. Nein, das war kein subjektiver Eindruck, sondern das waren objektive Zustände, wie man es am griechischen Beispiel gesehen hat. Der Bürgerkrieg in Griechenland ist letztlich an zwei Punkten gescheitert: Einmal durch das Ausschwenken Titos aus dem Ostblock oder der engen Verbindung zu Stalin – da lief der Nachschub dann nicht mehr über Jugoslawien –, zum anderen durch die Garantie der Amerikaner mit der Truman-Doktrin vom März 1947, die im Grunde genommen der Vorläufer der NATO war. Das waren die objektiven Tatbestände, auf denen westdeutsche

Politik aufgebaut wurde. Man hatte die Erfahrungen, die hier gesammelt wurden.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Herr Faulenbach zur Person Adenauers bemerkt hat. Adenauer hat nicht nur Sprüche geklopft, sondern konkret gehandelt. Das Einbinden der Westmächte in die Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands geht schon auf den Generalvertrag von 1952 zurück, also auf einen Zeitpunkt, als die Bundesrepublik noch gar nicht souverän war. Es waren also nicht nur Sprüche oder Versprechungen, sondern es war konkretes Handeln. Ich glaube, diese Entscheidung, die Selbstverpflichtung der Alliierten 1952, war für die gesamte weitere Politik von ganz großer Bedeutung.

Eine Bemerkung zur Rolle der DDR. Es ist so formuliert worden, daß die Sowjetunion ein Interesse daran hatte, sozusagen das bessere Deutschland, das antifaschistische Deutschland auf seiner Seite zu haben. Ich glaube, dies hat bei der Sowjetunion nie eine große Rolle gespielt. Die Sowjetunion hat vielmehr immer nach Machtgesichtspunkten gehandelt, sie hat auch Bündnisse mit Hitler geschlossen. Insofern ist da ein Gegenbeispiel vorhanden. Ich möchte ein sehr bedauerliches Beispiel aus der Vergangenheit erwähnen. Vor wenigen Tagen ist ein Major der deutschen Wehrmacht in Yad Vashem besonders geehrt worden. Er ist zu einem der Gerechten des jüdischen Volkes oder wie das heißt ernannt worden, weil er 1942 als Ortskommandant von Przemysl Juden schützte. Man muß das Schicksal dieses deutschen Majors kennen. Er ist wegen seiner Eigenschaft als Ortskommandant von Przemysl zum Tode verurteilt worden und 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gestorben. Das zeigt die Schwierigkeit, in diesem Bereich von guten oder schlechten Verbündeten und Deutschen zu sprechen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Der Vortrag von Herrn Loth hat noch einmal eindringlich hervorgehoben, was uns Kollege Graml in seinen Ausführungen vergegenwärtigt hat, die Nachkriegsgeschichte Europas und die deutsche Teilungsgeschichte sind in die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur eingebettet. Das wichtigste Machtmittel beider Seiten, militärisch gesehen, war nach 1945 sicher die Atombombe. Die Militärs wußten im Gegensatz zu vielen mir noch vor Augen stehenden Eiferern der selbsternannten Friedensbewegung um die Vernichtungskapazität dieser Waffen. Gerade die Militärs, deren Handwerk es war, taktisch darüber nachzudenken, wie sie Städte und Landschaften effektiv in atomare Wüsten verwandeln können, und das gilt wahrscheinlich für alle Beteiligten an diesem Konfliktmanagement, wußten: Bei allen politischen Gegensätzen, um die es geht, kann es alle Formen der Auseinandersetzung geben, aber nicht den Atomkrieg. Dieses Diktat der Atombomben als ultima ratio der Machtauseinandersetzung im Ost-West-Konflikt hat Kollege Loth in aller Eindringlichkeit deutlich gemacht, indem er es, überspitzt gesagt, auf die Formel brachte: Sehen wir uns einmal

die internationalen Abrüstungsdebatten nach 1955, nach dem Status quo in Europa an! Ich will in diesem Zusammenhang durchaus das aufgreifen, was Armin Mitter in bezug auf die Formel von der friedlichen Koexistenz der Sowjetunion gesagt hat. Herr Loth, Sie haben von der Einsichtsfähigkeit der sowjetischen Reformeliten gesprochen. Mitter hat Sie schon gefragt, ich will es unterstreichen: Welche Gruppen der Nomenklatur zählen Sie zur „Reformelite“? Es geht auch um die Entscheidungen, in die Systemkrisen Ende der 80er Jahre nicht mehr wie 1953, 1968, 1970 militärisch einzugreifen. Hierzu eine Anmerkung, die in der systemimmanenten DDR-Forschung geradezu eine verblende Rolle gespielt hat: Die führende Rolle der Partei war für die Nomenklatur das Wichtigste auch noch im eigenen Niedergang.

Ich will das an zwei Beispielen aus 1968 polemisch verdeutlichen. Ich beziehe mich auf die wohlfeile Formel – ich meine, es war eine wohlfeile Formel, wenn man damit die Zielorientierung der westdeutschen Ostpolitik ab 1969 beschreiben will –: Wandel durch Annäherung. Ein Kollege hat gerade ein Buch über die geheime Westpolitik der SED veröffentlicht, in dem er aufzeigt, wie im Vorfeld der Entwicklung ab 1969 die SED ein System von Vertrauensleuten in der westdeutschen politischen Klasse etabliert. In diesem Band gibt es ein außerordentlich wichtiges Dokument, das sehr aufschlußreich ist, eine Gesprächsnotiz Abrassimows mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, vom Juli 1968. Es unterstreicht, daß Willy Brandt sehr genau wußte, wer „Unter den Linden“ wirklich „das Sagen“ hat. Er wendet sich an Abrassimow und entwickelt sein deutschland- und ostpolitisches Programm. Und er fordert von Abrassimow die Unterstützung der Sowjetunion für diese Linie der westdeutschen Sozialdemokratie. Zur gleichen Zeit hat Walter Ulbricht großen Erfolg bei den „sowjetischen Freunden“ mit seiner Generalthese über die Ursachen der tschechischen Entwicklung, die er im Kern der westdeutschen sozialdemokratischen Ostpolitik anlastet, die darauf abzielt, die kommunistischen Parteien Osteuropas zu sozialdemokratisieren.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Das eine schließt das andere nicht aus!)

– Richtig, Herr Soell! Das eine schließt das andere nicht aus. Aber das Bedrohungssyndrom spielt schon eine zentrale Rolle. Ulbricht hat es sehr unmittelbar auf die führende Rolle der Partei bezogen; das war für ihn der Kern der „Konterrevolution“ 1968. Kollege Loth hat meiner Meinung nach nicht zufällig die Reformkräfte in der Tschechoslowakei mit dem aus meiner Perspektive einfach entwürdigenden Satz ausgeblendet: Es gab nach 1968 dort Opfer, die das „drastische Zeichen“ mit Emigration, Haft und Tod bezahlten, um dies hier ganz unakademisch auszusprechen.

Diese beiden Komponenten der Entspannungspolitik, Wandel durch Annäherung, vor allen Dingen Wandel, wurden 1968 geprüft. Ich zitiere Ihnen auch noch die Stellungnahme, die Ulbricht, nachdem er am 23. August triumphierend aus Moskau zurückkehrte, vor seinem Zentralkomitee abgegeben hat:

Jetzt sind alle sozialdemokratischen Illusionen vom Tisch, sie könnten uns von innen aufmischen, und jetzt steht nur noch die Respektierung des Status quo auf der Tagesordnung und nicht mehr der Wandel im realen Sozialismus. In diesen Sätzen wird uns noch einmal der Faktor Sowjetunion vor Augen geführt.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Der hat trotzdem stattgefunden!)

Kollege Mahncke hat heute morgen die Dialektik beschrieben, die die Politik im Ost-West-Konflikt charakterisierte – es ging um Krisenmanagement –, als Reaktion auf eine reale Situation und dem Beharren auf den eigenen Zielen, Werten und Interessen. Ich denke, hierüber müssen wir diskutieren, wenn es um die Frage geht, wie wir unsere eigenen Interessen definieren.

1969 wollte Ulbricht – Staadt hat auch das dokumentiert – mit einem antisozialdemokratischen Konzept in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die KPdSU und die SED waren sich auch einig, daß man sich einmischen muß. Das war für beide Parteien gar keine Frage. Interessant ist der Akzent, den die Sowjets gesetzt haben. Sie akzeptierten nämlich, daß die neue westdeutsche Ostpolitik, die die SPD vorbereitete, in ihrem unmittelbaren Interesse liegt. Die Sowjets haben Ulbricht verboten, in diesen Wahlkampf so zu ziehen, wie er es tun wollte.

Diese Zusammenhänge von Politikwandel im Westen müssen wir auch noch einmal genau in den Blick nehmen.

Ich werde morgen hier ein Papier über Polen vorlegen; ich will es jetzt nicht vorwegnehmen, nur eine Kostprobe sozialdemokratischer Entspannungspolitik geben. 1981 hat Herr Rau auf dem Umweg über Bischof Schönherr der SED-Führung mitgeteilt, die SPD habe große Sorge bezüglich dessen, was sich in Polen tue. Jaruzelski sei die letzte Chance. Er habe große Angst davor, daß Walesa in die Bundesrepublik kommen und dann auch noch Düsseldorf besuchen wolle. Bei der Beratung der Generalsekretäre im Dezember 1980 war es u.a. die amerikanische Entschlossenheit, die durch die Drohung mit dem Embargo die Sowjets davon abhielt, in Polen die Lösung der Krise durch militärische Mittel von außen herbeizuführen. Dieser Gesichtspunkt stand am Anfang der Argumentation von Breschnew, warum eine Intervention, welche die SED zu diesem Zeitpunkt forderte, nicht durchführbar sei.

Hier haben Sie ein konkretes Beispiel dafür, daß die Macht – die Grundlage von Politik ist Macht – in Europa den Frieden gerettet hat. Nicht aber die ängstliche Fixierung darauf, daß die Veränderungen, die die polnische antisozialistische Bewegung herbeiführt, den europäischen Frieden gefährden.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen auf das Schlußvotum des Vormittags und auf Herrn Mahncke reagieren. Es entstand ja fast der Eindruck, als sei die Ostpolitik nicht von den entsprechenden Sozialdemokraten in den 60er Jahren entwickelt worden. Als hätte es 1969

einen glatten Übergang gegeben. Ich denke, man sollte doch vermerken, daß die Ostverträge und auch der Helsinki-Prozeß bis hin zu Helsinki selbst in Europa allein von der CDU und dem Franco-Regime abgelehnt wurden. Dies war ein Problem für die europäische Entwicklung. Diese Art vom Ostpolitik der CDU hat sich später dann ja auch verändert. Das sollte hier festgehalten werden.

Ich bin dankbar dafür, daß Herr Loth hier den Gesichtspunkt in die Diskussion gebracht und sich ihm entgegengestellt hat, der bis heute eine typisch westliche Haltung beschreibt, nämlich als sei alles, was im Osten passiert ist – bis hin zur deutschen Einheit –, ein Ergebnis des Handelns des Westens. Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Loth, wurde vieles nicht durch eine Beeinflussung aus dem Westen bewirkt, sondern der Zusammenbruch des Ostens ergab sich beispielsweise durch die Insuffizienz des Systems selbst. Diese Meinung teile ich. Damit wird einer häufigen Interpretation im Westen widersprochen. Ich finde es wichtig, daß dies hier noch einmal entsprechend hervorgehoben wird. Ich denke nämlich, dies ist ein zentraler Punkt, der deutlich macht: Es war nicht zuallererst ein Sieg des Westens; in vielen Punkten muß man die westliche Politik sogar kritisieren. Der Sieg war in weiten Bereichen ein Sieg der Menschen im Osten, die sich beispielsweise für die Rechtsstaatlichkeit in einem sehr konfliktreichen und auch sehr differenzierten Prozeß eingesetzt haben. Die westliche Haltung gehörte natürlich mit in einen internationalen Rahmen, der das ermöglichte.

Ich will gar nicht auf die Frage des Herbstes 1989 oder darauf eingehen, was die deutsche Einheit möglich gemacht hat. Auch da ließe sich diese Interpretation in interessanter Weise darstellen.

In bezug auf Gorbatschow teile ich im wesentlichen Ihre Überzeugung, Herr Loth, wenngleich man natürlich sagen muß, daß Gorbatschow mit ganz anderen Absichten an diese Probleme herangegangen ist. Es muß nicht hervorgehoben werden, daß er nicht unbedingt ein demokratisches System errichten wollte, sondern er wollte das bestehende System so reformieren, daß es überlebensfähig ist, auch weltweit gesehen.

Seine Politik waren ganz gewiß Schritte in die richtige Richtung. Manchmal hatte der Westen Mühe mitzukommen; das haben Sie beschrieben. Damit wurde gleichzeitig eine Dynamik ausgelöst, die Gorbatschow selbst unter die Räder gebracht hat. Darüber kann man froh sein, denn Gorbatschow selbst hätte jedenfalls mit dieser Schnelligkeit ein wirklich demokratisches System nicht hinbekommen, wenn – das ist zweifelhaft – überhaupt.

Zur Nachrüstungsdebatte: Heute wird gemeinhin – ich denke: die Mehrheit auch in unserem Kreise – die Überzeugung vertreten, es habe sich nachträglich gezeigt, daß man hier die richtige Politik verfolgt habe. Ich habe bis heute meine Zweifel, daß man dies so einfach behaupten kann. Viele Argumente, die damals aufgeführt wurden – Verringerung der Vorwarnzeiten

u.a., Risikofaktoren –, sind meines Erachtens überhaupt nicht widerlegt, sondern sie sind durch eine andere Politik Gorbatschows erst einmal überholt worden. Ich vermute, Sie argumentieren ähnlich, Herr Loth.

Zwar hat das Wettrüsten bzw. das Totrüsten einen gewissen Anteil an der Entwicklung, doch das System ist im wesentlichen an seiner wirtschaftlichen Insuffizienz zugrunde gegangen. Die Folgen der Rüstung sind im Westen entsprechend groß. Die Überrüstung in den USA und die Schwierigkeiten der Konversion, die Schwierigkeiten des militärisch-industriellen Komplexes in den USA stellen eine innenpolitische Aufgabe dar, deren Lösung sich Präsident Clinton auf die Fahnen geschrieben hat. Wir müssen abwarten, wie dieses Problem von ihm gelöst werden wird.

Für Rußland ist das jedenfalls auch ein zentrales Problem. Ich bin Ihnen, Herr Loth, dankbar für Ihre Gegenposition zu einer allzu weit verbreiteten Argumentation.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich möchte eine Anmerkung zu der Bewertung des Kollegen Loth in bezug auf das Ende des Ost-West-Konflikts machen: Ich kann mich – sozusagen als Schulteranschluß der Osteuropa-Historiker – Herrn Kollegen Mitter voll anschließen.

Ich möchte eine ergänzende Bemerkung zu dem machen, was Herr Kollege Wilke gesagt hat: Er hat darauf hingewiesen, daß man vermuten könne, in sowjetischen Offizierskreisen sei – ich glaube, so hat er es formuliert – über die schreckliche Vision eines Atomkriegs und seine schrecklichen Folgen nachgedacht worden.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Nicht nur bei den Sowjets!

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich rede jetzt von den Russen, weil ich auf Gorbatschow zu sprechen kommen will, den Herrn Loth im Blick auf das Ende des Ost-West-Konflikts sehr stark in den Mittelpunkt gestellt hat. Hier setzt meine Kritik an. Ich denke, Herr Wilke hat insofern recht, als er eine Diskussion anspricht, die in der Tat stattgefunden hat, von der wir allerdings noch nicht genau wissen, wer die Konsequenzen daraus gezogen hat. Es ergibt sich vor allem aus der Memoirenliteratur – ich denke an die Erinnerungen von Herrn Arbatow – das Bild, als hätten einzelne Intellektuelle seit Beginn der 80er Jahre über diese Probleme nachgedacht, auch Ausarbeitungen angefertigt, die an die politische Seite herangetragen wurden.

Das deckt sich mit Informationen, die die Kollegen aus dem Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in den 80er Jahren von ihren Reisen nach Moskau mitgebracht haben. Wir wußten also, daß darüber eine Diskussion stattfindet. Die Frage an die Forschung lautet – jetzt besteht die Chance, daß sie auch beantwortet wird –: Wann ist da ein qualitativer Umschlag erfolgt? Wer hat ihn bewirkt? Ich möchte die These aufstellen, Herr Loth, daß das bereits vor Gorbatschow geschehen ist. Von

daher kann ich Ihre Hervorhebung dieses Mannes nicht nachvollziehen. Hier kann ich Herrn Mitter nur unterstützen: Gorbatschow hat im Westen ein sehr viel besseres Standing als in der heutigen Russischen Föderation; dort spricht kaum noch jemand von ihm.

Ich denke, Herr Loth, hier sind Sie gehalten, Ihre Ansicht zu korrigieren, zumal dann, wenn Sie die drei Säulen betrachten, auf denen das sowjetische System ruhte, nämlich die ideologische Grundlage, die Einparteiherrschaft und die Planwirtschaft. Es wurde bereits im Laufe der 80er Jahre relativ deutlich, daß diese drei Säulen entweder unterhöhlt oder bereits geborsten waren. Im Sommersemester 1987 hat es hier in Berlin im Zuge der 750-Jahr-Feierlichkeiten eine Ringvorlesung der Freien Universität gegeben. Die Vorträge sind in einem inzwischen erschienenen Sammelband nachzulesen. Damals hat der Kollege Klinkmüller – zu meinem Bedauern kein Historiker, sondern ein Volkswirt – schon den Nachweis geführt – er ist offensichtlich kaum beachtet worden –, daß sich die Sowjetunion aufgrund wirtschaftlicher Probleme auf Dauer nicht würde halten können.

Herr Loth, ich möchte fast sagen: Auch wenn ein Herr Turgenjew oder ein Herr Tolstoi oder ein Herr Dostojewski 1985 als Chef des Politbüros an die Macht gekommen wäre, hätte er dieselbe Politik betreiben müssen und wäre denselben Weg wie Herr Gorbatschow gegangen. Hier möchte ich die Kritik von Herrn Wilke und auch von Herrn Mitter unterstützen: Sie hätten sehr viel stärker auf die Tschechen – Charta 77 – und vor allen Dingen auf die Polen hinweisen müssen, auch deswegen – ich glaube, Herr Loth, das haben Sie zu wenig berücksichtigt –, weil in den 70er und 80er Jahren noch Mut dazu gehörte, in diesen Ländern eine solche Position einzunehmen.

Zum Schluß noch eine kleine Anmerkung – sie entspricht dem Oberseminarcharakter dieses Nachmittags –: Herr Graml – ansonsten haben wir ja keine Probleme miteinander –, Sie haben von der eher hilflosen Hinnahme einer nicht gewollten Entwicklung im Frühjahr 1945 gesprochen.

Hermann Graml: Nein, zweite Hälfte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Wenn sich Ihre Aussage auf die Zeit vor dem 8. Mai 1945 bezogen hätte, hätte ich – aus sowjetischer Sicht gesehen – Probleme gehabt. Nun sind wir wieder auf einer Linie.

Abg. Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU): Herr Graml, Sie haben für mich die Frage nach der Note von 1952 durchaus klar beantwortet. Für mich ist interessant, daß dieses Thema noch von niemandem aus den neuen Bundesländern angesprochen wurde, sondern nur von Teilnehmern aus den alten Bundesländern. Das ist eine interessante Feststellung. Wir müssen wohl noch darauf warten, was die Archive nicht nur in Moskau, sondern auch in Washington, London und Paris freigeben werden.

Für mich wußte Adenauer sehr wohl, wie 1952 seine Situation als Regie-

rungschef auch in Abhängigkeit von den drei Westmächten war. Auf der anderen Seite kannte er sehr gut die Stimmungen. Für mich ist deshalb absolut folgerichtig, daß er sagte: Wir haben in der jetzigen Situation der Aggression aus dem Osten nur die Chance, die Integration in den Westen zu betreiben, um ein Vertrauensverhältnis zu den westlichen Nachbarn wieder aufzubauen. Nicht nur in England oder in Frankreich, sondern auch in kleineren Ländern wie den Niederlanden und in Dänemark war ein tiefes Mißtrauen vorhanden. Es war richtig, nach dem Scheitern der EVG zu erklären: Jetzt müssen wir den Schritt in die NATO tun, um keinen Alleingang zu machen, sondern sich gemeinsam mit anderen voll einzubringen.

Herr Loth, ich glaube, Sie waren es, der gesagt hat: Es hat 1959 eine gewisse Änderung gegeben. Sie haben das sogar an einem bestimmten Tag festgemacht, nämlich der Beerdigung von John Foster Dulles. Damals stellte sich für Adenauer die Frage, ob er Bundespräsident werden sollte. Er sagte: Ich tue es nicht, denn es sind so gravierende Veränderungen in der Diskussion, daß ich bleiben muß. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese sich abzeichnenden Veränderungen der Hauptgrund für seine damalige Ablehnung waren.

In einem Punkt bin ich mit Ihnen, Herr Loth, überhaupt nicht einverstanden; dafür werden Sie Verständnis haben. Ich meine damit Ihre Äußerung – ich gebe sie mit meinen Worten wieder –, durch die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands hätten wir letztlich auch Gorbatschow in eine schwierige Situation gebracht, weil seine Zusagen gerade von seinen Militärs nicht verstanden worden seien. Unser Vizepräsident Johnny Klein beschreibt in seinem durchaus lesenswerten Buch „Es begann im Kaukasus“ die Überraschung von Kohl und Genscher, daß auf den entsprechenden deutschen Vortrag hin in der nächsten Plenarkonferenz dies von Gorbatschow bestätigt wurde.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Für Kwizinski und andere war das auch überraschend.

Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Er hat es bestätigt.

Das System – gerade auch jenes der Sowjetunion – war wirtschaftlich am Ende. Gorbatschow brauchte Geld; er hat es auch bekommen. Ich kann mir vorstellen, daß Gorbatschow vor seine Generäle getreten ist und gesagt hat: Ich will Geld haben, das kann ich von der Bundesrepublik bekommen, aber der Preis dafür ist die Mitgliedschaft in der NATO. Ich sage ganz trivial – wie mancher Politiker eben denkt; aber so könnte es durchaus gewesen sein –: Er hat sich für das Geld entschieden. Das hat nichts mit hehren Grundsätzen zu tun. Das Militär hat gesagt: Wahrscheinlich ist es richtig, diesen Weg zu gehen, denn dann können wir uns stabilisieren, weil wir wirtschaftlich wieder bessergestellt werden.

Es war ein genialer Schachzug, den unsere Regierenden damals im Kaukasus getan haben.

Abg. Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Ich kann meinen ersten Punkt sehr kurz abhandeln, weil Sie, Herr Vorsitzender, die politische Leistung des amerikanischen Präsidenten Reagan bereits betont haben. Ich möchte nur ganz kurz hinzufügen, daß jeder, der in der Zeit der Reagan-Administration Gelegenheit hatte, mehrfach mit dieser Administration zusammenzukommen, daß jeder, der die Reden des amerikanischen Präsidenten bei seinen Besuchen in Deutschland im Deutschen Bundestag oder auf dem Hambacher Schloß gehört hat, nicht der Meinung sein kann, daß hier ein tumber Tor nicht wußte, zwischen welchen Ratschlägen er wählen sollte. Reagan hatte eine sehr klare politische Konzeption, die er weiterverfolgt hat, als er gar nicht mehr Präsident war. Er hat sie, als er nach seiner Präsidentschaft nach Berlin kam, gar nicht weit von dem Ort, an dem wir uns hier befinden, mit der Aufforderung an Gorbatschow vollendet, dieses Tor aufzumachen.

Ich glaube aufgrund des Miterlebens dieser Zeit, daß Reagans Forderung, die Einigung zu realisieren, die Nachrüstung des Westens und die Ankündigung von SDI nach dem Motto „Nun das Ganze noch einmal im Weltall“ ein ganz entscheidender Beitrag dazu gewesen sind, daß die Menschen im Ostblock und natürlich auch in der DDR die erste sich bietende Chance nutzen konnten, in friedlicher Weise das zu tun, was wir alle mit Bewunderung und großer Anteilnahme erlebt haben.

Ich hielte es einerseits für einen großen Fehler, die Tatsache zu leugnen, daß im Westen diese Voraussetzungen geschaffen worden sind, wie andererseits den großen Beitrag zu unterschätzen, den die Menschen selbst geleistet haben.

Hier hat eine Diskussion über die Frage stattgefunden: Sieg des Westens – ja oder nein? Natürlich ging es um das Durchsetzen einer politischen, wirtschaftlichen und sicher auch militärischen Überlegenheit. Aber es gehört auch ein Blick auf den weltweiten Entkolonialisierungsprozeß dazu, der sich vollzogen hat. Die europäischen Kolonialmächte hatten alle auf mehr oder weniger anständige Art und Weise ihre koloniale Vorherrschaft in der Welt aufgegeben bzw. aufgeben müssen. Alle Welt hat den Eindruck, als sei die ungeheure Landmasse, welche die Sowjetunion darstellte, etwas anderes als ein Kolonialreich, weil es sich nicht um Übersee-Besitzungen handelt, sondern um Kolonien, die man über Land erreichen konnte und dort errichtet hat.

Der sich abzeichnende Zusammenbruch der sowjetrussischen Kolonialmacht war für diejenigen, die im Westen Politik machten, nicht zu übersehen. Es hatten sich schon zu Beginn der 80er Jahre mit Ausnahme von Estland in den damaligen Sowjetrepubliken und in den besetzten Gebieten wie dem Baltikum die Bevölkerungsentwicklungen so gestaltet, daß die russische Vorherrschaft sich umgekehrt hatte. Der Anteil der russischen Bevölkerung ging zurück. Zum ersten Mal machten sich die starken ethnischen Entwicklungen im

sowjetrussischen Kolonialreich so sehr bemerkbar, daß der Zusammenbruch auf der Hand lag.

Dies zu erkennen und daraus politische und wirtschaftliche Schlußfolgerungen zu ziehen, war sicher auch ein großer Beitrag zu dem, was sich dann zu Beginn der 90er Jahre ereignet hat.

Jetzt etwa Bedauern darüber zu zeigen, daß man Gorbatschow nicht genug geholfen hat, diese sowjetrussische Vorherrschaft über die ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten, dem kann ich, Herr Professor Loth, absolut nicht mehr folgen. Im Gegenteil: Unsere Politik im Westen sollte bei den Neuorientierungen im Bereich der früheren Sowjetunion darauf gerichtet sein, daß keine künstliche Lebensverlängerung einer Kolonialmacht erfolgt. Unsere wirtschaftlichen und sonstigen Hilfen sollten nicht einseitig sein; nicht einseitig von den Gebern her, daß sich also nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Ländern daran beteiligen, auch nicht einseitig vom Nehmen her. Es sollte nicht nur die Russische Föderation bedacht werden, sondern auch die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die heute unabhängige Staaten sind, damit dort in einigermaßen überschaubaren Räumen eine Neuordnung für die Zukunft erfolgen kann.

Wenn man diesen Zusammenbruch des sowjetischen Kolonialreichs als historisches Ereignis am Ende der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre realisiert, kann man daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen für die zukünftige Gestaltung dieses Raumes und für die allerdings sehr beschränkten Möglichkeiten, die wir haben, dabei mitzuwirken.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich möchte zunächst der Frage nachgehen, die der Kollege Hansen gestellt hat. Ich finde dies ungeheuer interessant, weil es auch eine perspektivische Debatte auslösen kann. Mich interessiert, wie Sie, Herr Professor Loth und Herr Graml, darauf reagieren könnten.

Herr Hansen hat die Frage gestellt: Ist das, was 1989 begann und jetzt allmählich seinen Abschluß findet, so etwas wie das Ende der europäischen Ordnung nach 1945? Ich finde, das ist eine außerordentlich spannende Frage.

Wenn daraus der Schluß gezogen werden könnte – ich interpretiere jetzt meinerseits –, es wäre das Ende der Nachkriegsordnung, dann müßte, so glaube ich, ein Punkt stärker berücksichtigt werden, dann müßte genauer nachgefragt werden. Wir haben es ja mit einem Zusammenbruch nicht nur der Jalta-Ordnung zu tun, sondern es kommt – das spüren wir jetzt – der Zerfall einer anderen Nachkriegsordnung hinzu, nämlich jener der Pariser Verträge.

Es macht das ungeheure Spannungsmoment der gegenwärtigen historischen Phase aus, daß sich sozusagen die Explosionswellen von zwei Nachkriegsordnungen innerhalb dieses Jahrhunderts jetzt brechen. Solange man nicht damit rechnen muß, daß das Ende der Geschichte angebrochen ist, sondern wenn

man davon ausgeht, daß wir über die Rückkehr zur Geschichte in eine neue Gestaltungsphase kommen müssen, kommt man zu den richtigen Fragen.

Welche Schlüsse ziehen wir eigentlich aus diesem Zerfallsprozeß, bei dem nur einer einen „Gewinn“ gezogen hat, der keinen Zerfallsprozeß erlebt hat, sondern einen Einigungsprozeß, nämlich wir? Alle anderen haben Zerfallsprozesse erlebt, die so oder so zugleich emanzipatorisch sind und sich auch aus dem Zerfall der ersten Nachkriegsordnung dieses Jahrhunderts ergeben. Wir haben auf der einen Seite die Rückkehr von Nationalismen zu verzeichnen, die in sich noch gar nicht von vornherein als problematisch anzusehen sind, weil sie sich mit emanzipatorischen Prozessen kreuzen.

Herr Loth, der Zerfallsprozeß der Sowjetunion, der Aufstieg der Nationalitäten, ist ja nicht nur ein Nationalismusproblem, sondern in erster Linie ein Demokratieproblem. Nicht die Werte setzen sich durch, sondern die Menschen eignen sich Werte an, beispielsweise Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit. Das ist der eigentliche Prozeß.

Beim Zerfallsprozeß der Sowjetunion, wie er beispielsweise im Baltikum zu beobachten ist, hat Gorbatschow eine ambivalente Rolle gespielt. Er hat diesen Prozeß zunächst durch Glasnost und Perestroika ermutigt, ohne daß er letztlich – so interpretiere ich ihn jetzt; das mag im Streit bleiben – die Demokratie im Auge gehabt hätte, sondern um den Modernisierungsrückstand, den die Sowjetunion nach dem ersten Modernisierungsversuch von 1917, der fehlgeschlagen ist, erlitten hat, auszugleichen. Gorbatschow hat diesen Modernisierungsversuch nicht mit den militärischen Mitteln von 1917 und den späten 20er und 30er Jahren durchgeführt, sondern er hat die Modernisierung mit angeeigneten zivilen Mitteln versucht, und zwar auf der Basis des alten Instrumentenkastens, den er eigentlich loswerden wollte, der ihm durch die KPdSU zur Verfügung gestellt war. Dadurch, daß er die Mittel aus dem alten Instrumentenkasten benutzt hat, hat er letzten Endes – das konnte gar nicht anders sein – diejenigen ermutigt, die die Flucht nach vorn nur dadurch antreten konnten, daß sie sich gegenüber der Zentrale in Moskau aufbäumten.

Das scheint mir eher plausibel zu sein, als zu sagen, es sei nur um eine Auflehnung von Nationalismen gegenüber der Zentrale in Moskau gegangen.

Ich muß noch ein Wort zu 1968 verlieren. Herr Graml hat sehr plastisch deutlich gemacht, wie bei uns die erste Phase aussah. Damals war ich noch ein junger Mann. Nach dem, was Sie, Herr Graml, gesagt haben, schien es mir so, als seien wir in Westdeutschland erst allmählich in eine Haut geschlüpft, die uns andere zur Verfügung gestellt haben, so daß uns gleichsam Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit – ich benutze diesen Begriff, damit mich die Feministinnen nicht angreifen – verliehen wurden.

Ist es nicht so, daß uns Freiheit und Demokratie sozusagen verliehen wurden,

daß wir erst allmählich Schritt für Schritt in sie hineingewachsen sind? Haben wir sie nicht sozusagen als unsere zweite Haut empfunden? Der Unterschied zu den Menschen im Osten besteht darin, daß diese die Freiheit nicht sozusagen verliehen bekommen haben, sondern sie haben sie sich erkämpft und erstritten. Das ist schon ein Unterschied.

Manche der Mißverständnisse, die einige im Westen – auch in meiner eigenen Partei – gegenüber dem haben, was sich im Osten entwickelt hat, beruhen vielleicht darauf, daß man seine Wünsche in die Freiheitsbewegung, die man selbst nicht sein konnte, projiziert hat. Um es milder zu formulieren: Die historische Konstellation war eine andere.

In meinen Augen ist für die Enquete-Kommission der wesentliche Punkt die Frage: Welche zentralen Werte stehen da im Spiel und müssen von den Menschen angeeignet werden können? Welche Bedingungen müssen politisch, sozial und ökonomisch geschaffen werden, damit diese Werte auch tatsächlich angeeignet werden können? Jeder von uns weiß, daß sich die CDU mit der KSZE etwas schwergetan hat. Das verstehe ich aus ihrer damaligen Situation heraus gut. Staatliche und verstaatlichte Politik können immer nur versuchen, Bedingungen zu schaffen. Diese Bedingungen müssen von den Menschen gestaltet werden. Natürlich war der KSZE-Prozeß ambivalent – das haben viele von uns deutlich genug kritisiert –, weil er eine bestimmte Ebene manchmal zu scharf herausgearbeitet hat, während die Selbstaneignung durch die Menschen in diesem Punkt nicht ernst genug genommen wurde.

Das zeigt uns, liebe Frau Kollegin Wilms, daß 1968 von manchen sehr wohl auch als eine Ermutigung und nicht nur als Kritik verstanden worden ist.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte auf die frühe Zeit zurückkommen. Ich glaube, es war Herr Graml, der davon gesprochen hat, daß für die Menschen überall auf der Welt das Zusammenspiel von militärischer Macht und einheimischen Parteien erschreckend war. Das führte zur Diktatur im Baltikum, in der Tschechoslowakei, in Polen, auf dem Balkan.

Die Angst vor dem sowjetischen Imperialismus bewegte die Menschen ungemein. Es gibt Ideologien – die sowjetische bzw. marxistische ist wohl eine solche –, die dazu veranlassen, mit aggressiver Energie gegen Völker vorzugehen. Dies, Herr Loth, wissend, kann man nicht einer Deutung folgen, wie sie aus Ihren Ausführungen hervorgeht, nämlich daß – ich überspitze es jetzt einmal sehr – Kriege oder Kalte Kriege oder Spannungen nur aus dem berühmten Bedrohungssyndrom entstanden. Primitiv gesagt: Man hätte sich nur besser miteinander verständigen müssen, dann wäre alles wunderbar geworden, und das Ganze hätte sich nicht so entwickelt.

Sie haben in Ihrem Papier ausgeführt, das beängstigende atomare Übergewicht der USA sollte durch riskante Manöver von Chruschtschow konterkariert werden. Der Sinn des Novemberultimatums sei gewesen, daß man den

Vormarsch des Westens stoppen wollte, um eine Stabilisierung des Status quo in Europa zu erreichen.

Sie haben die damalige Situation im Gegensatz zu mir nicht miterlebt. Es gab im November 1958 dieses erschreckende Ultimatum, in dem die drei Westmächte von Chruschtschow aufgefordert wurden, die interalliierten Abmachungen über Berlin für erledigt zu erklären. Chruschtschow selbst erklärte sie für erledigt. Er verlangte den Abzug der Truppen aus den westlichen Sektoren innerhalb von sechs Monaten. Die drei westlichen Sektoren sollten eine entmilitarisierte Freie Stadt bilden. Diese sollte ihre Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland aufgeben.

Die Westmächte gingen damals – ich muß sagen: zu unserem Schrecken – auf dieses Ultimatum teilweise ein. Nur war für die Sowjets das, was ihnen die Westmächte zugestehen wollten, nicht weitgehend genug, so daß dadurch eine, wenn man so will, westliche Einheitsfront entstand. Dieses Ultimatum wurde nie zurückgenommen, aber es erledigte sich von selbst.

Für uns war klar: Hier sollte neu und weiterführend in bezug auf das, was vorangegangen war, eine Einverleibung Berlins in das Sowjetimperium erfolgen. Damals war die Zeit des Sputnik-Schocks in Amerika. Man hatte von der Sowjetunion das Bild einer überlegenen Macht. Zu dieser Zeit befand sich die Sowjetunion tatsächlich auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Diese Machtdemonstration schlug sich auch in der Tatsache nieder, daß man versuchte, nun endlich diesen „Störfaktor Westberlin“ durch jene Note zu beseitigen.

Völlig anders als Sie sehe ich den wesentlichen Punkt nicht in dem Bedrohungssyndrom oder dem entspannungspolitischen Fehlverhalten, sondern in dem ideologisch begründeten imperialistischen Streben der Sowjetunion.

Prof. Dr. Wilfried Loth: Ich versuche, meine Antwort zeitlich zu ordnen, damit eine etwas klarere Struktur entsteht. Ich beginne mit einer Bemerkung, die sich nicht auf mein Thema bezieht, aber es ist nun einmal so, daß ich mich auch wieder – um eine Formulierung von Herrn Hansen aufzugreifen – auf die Jagd begeben habe, was die sowjetischen Deutschlandnoten betrifft. Das, was ich jetzt sowohl an sowjetischen als auch vor allen Dingen an Ostberliner Quellen gesehen habe, läuft darauf hinaus, daß man diese Note vom 10. März lanciert hat, um die Einheit herbeizuführen. Umstritten war, ob dies sozusagen auf revolutionärem Wege, mit einem Sturz Adenauers, wie es formuliert wurde, erfolgen mußte oder ob es möglich sein würde, die westdeutschen Organe – Bundestag und Bundesregierung – dafür zu gewinnen mitzumarschieren.

Nach der ersten westlichen Antwortnote kam man in Moskau zu der Überzeugung, daß der Weg mit Unterstützung durch den Bundestag auf absehbare Zeit nicht zu gehen war. Daraufhin hat Stalin die forcierte

Aufrüstung der DDR befohlen. Das war das Dokument, das Herr Graml vorhin erwähnt hat.

Das ist das Ergebnis meiner Analysen. Sie können es demnächst nachlesen und dann schauen, ob Sie sich davon überzeugen lassen oder nicht. Ich dachte, es wäre richtig, das hier nicht ungesagt zu lassen.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Jagd ist wieder auf! – Abg. Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Alle acht bis neun Jahre kommt es wieder auf!)

Ich komme damit zu dem Beitrag von Frau Wisniewski zu den sowjetischen Zielen beim Berlin-Ultimatum. Was Sie geschildert haben, war in der Tat der Eindruck, den man damals im Westen hatte. Nur ist der Eindruck, den die eine Seite hat, damit nicht schon notwendigerweise die Absicht der anderen Seite. Wir Historiker versuchen ja herauszufinden, was die Absicht der anderen Seite war. Sie können die Tragfähigkeit der Quellen und der Argumentationen überprüfen, aber im übrigen ist es dann Ihre Sache, ob Sie sich damit auseinandersetzen.

Ich denke, die Kräfteverhältnisse, was die Atomrüstung in den 50er Jahren betrifft, sind eindeutig. Daran gibt es nichts zu rütteln. Ich weise auf ein gewisses Problem hin, was die Einverleibung West-Berlins betrifft. Natürlich war dies das sowjetische Maximalziel. Auf der anderen Seite gab es lange vor 1961 die Idee der Mauer. Es gab Diskussionen darüber. Es ist noch etwas unklar, wer diese Idee stärker propagiert hat.

Beim jetzigen noch relativ unbefriedigenden Quellenstand wird dennoch deutlich, daß es auf der sowjetischen Seite ein Problem gab, nämlich die – aus sowjetischer Sicht – Destabilisierung durch das Schaufenster West-Berlin. Die Lösung lag aber bei Lancierung des Berlin-Ultimatums noch nicht auf dem Tisch.

Ich bin von Herrn Faulenbach nach den Spielräumen der beiden deutschen Staaten gefragt wurden, insbesondere nach Spielräumen der DDR. Es war Mitte der 80er Jahre zu beobachten, daß Honecker versuchte, etwas in Richtung Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen zu tun. Man kann das als Indiz für einen gewissen Spielraum, zumal in einer Phase relativer Schwäche der sowjetischen Führung durch die Erkrankungen der verschiedenen Generalsekretäre, interpretieren. Allerdings: Begrenzt war dieser Spielraum der DDR-Führung durch ihre eigene Schwäche. Das Abbremsen der Annäherung an die westliche Seite war ja auch in dieser Phase immer ein originärer Handlungsimpetus der DDR-Führung. Insofern würde ich formulieren, daß ihr Spielraum nicht nur durch die sowjetischen Vorgaben eingeschränkt war, sondern mehr noch durch die Schwächen des eigenen Systems.

Herr Hansen hat gefragt, ob ich bei der Durchsetzung von Korb 3 Absichten auf der westlichen Seite sehe. Darauf antworte ich: bei denjenigen, die sich sehr stark für Korb 3 eingesetzt haben, durchaus. Die einzelnen Motive

sind natürlich unterschiedlich. Aber man sollte unter dem Strich in einer historischen Würdigung schon festhalten, daß es bei vielen Beteiligten die feste Absicht gab, auf diesem Wege Wandlungen im sowjetischen Machtbereich durchzusetzen, weil man davon überzeugt war – im Unterschied zu anderen –, daß bei einer Auseinandersetzung über die Systemfrage in kooperativen Formen für die westliche Seite nichts zu befürchten, sondern alles zu gewinnen war. Ich finde, im Ergebnis ist dies eine Wette, die aufgegangen ist.

Was die Nachrüstung betrifft, die ich ganz kurz erwähnt hatte: Das ist nicht der Wendepunkt in unserer Geschichte. Es gibt – das habe ich in meinem Papier kurz angedeutet – auf der einen Seite ein nicht wegzudiskutierendes Problem der Verstärkung der Geiselrolle Mitteleuropas. Das ist ein Problem, auf das Helmut Schmidt schon im Herbst 1977 in London hingewiesen hat. Es ist ein Problem, mit dem man sich auseinandersetzen muß.

Auf der anderen Seite möchte ich unterstreichen, was Herr Meckel gesagt hat: Die Bedenken gegen die Lösung, die man gefunden und durchgesetzt hat, sind im Ergebnis auch nicht widerlegt. Ich würde es auf die vorläufige Formel bringen: Dies war ein problematischer Versuch, mit diesen Fragen zurande zu kommen. Im übrigen würde ich dies auf eine eigene Diskussion von Sicherheitsszenarien vertagen.

Für unseren Zusammenhang ist sicherlich richtig – um die Frage von Herrn Eppelmann aufzugreifen –, daß die Politik der Aufrüstung die Einsicht der sowjetischen Seite in die Unhaltbarkeit der Situation beschleunigt hat. Allerdings muß man gleich hinzufügen, daß die Ursache für die Situation nicht das Jahr 1980 oder 1981 ist, sondern 1962 mit der von mir eingangs kurz angedeuteten Entscheidung für den Ausbau der beiderseitigen Arsenale und der Etablierung des wechselseitigen Abschreckungssystems. Dieser Wettkampf war – so wissen wir es im Ergebnis, aber 1962 wußte man dies nicht – von der sowjetischen Seite nicht zu gewinnen. Friedenspolitik war in dieser Phase nur eine Etappe.

Ich möchte festhalten, daß öffentliche Ankündigungen von Präsident Reagan wie „Wir werden euch totrüsten“ nicht ein operativ durchgearbeitetes Konzept verraten. Es gibt da große Elemente von Rhetorik vor allen Dingen gegenüber dem amerikanischen Publikum. Reagan selbst war – ich habe das in meinem Vortrag angedeutet – sehr viel vielschichtiger in seinen Überlegungen, als dies mit einem solchen Schlagwort deutlich wird.

Zur Rolle von Gorbatschow: Ich stimme natürlich mit der Ansicht überein, daß Anzeichen für Änderungen des sowjetischen Verhaltens schon lange vorher zu sehen waren. Der genaue Entscheidungsprozeß ist uns unbekannt. Es wird sicherlich noch einer großen Anstrengung der Aufarbeitung von einzelnen Quellenbeständen bedürfen, bevor wir das wirklich verlässlich rekonstruieren können. Es ist überhaupt nicht bestritten, daß Gorbatschow nicht aus freien Stücken gehandelt hat oder mit einem Konzept der Durchsetzung westlicher

Ordnungsvorstellungen angetreten ist. Natürlich war dies kein von langer Hand vorbereiteter Versuch, die Sowjetunion in einer Situation zu retten, in der sie, wie wir im nachhinein wissen, objektiv nicht mehr zu retten war.

Ich stimme völlig mit der Ansicht überein, daß zur Herstellung dieser Situation die Rolle der Reformbewegungen und der Revolutionäre im sowjetischen Machtbereich überhaupt nicht unterschätzt werden darf. Ich habe in meinen Ausführungen vorhin gesagt: Sie stehen gleichwertig neben dem, was von der Spitze her geschehen ist. Das steht auch in meinen schriftlichen Ausführungen. Ich finde, dies ist keine unwürdige Behandlung der Reformbewegungen und der Revolutionen. Man muß mir allerdings genau zuhören.

Im übrigen muß ich, weil man mir offenbar nicht genau zugehört hat, noch einmal unterstreichen, daß in der Sowjetunion eine dramatische Entwicklung stattgefunden hat, daß Gorbatschow und die Seinen zu immer erschreckenderen Einsichten gelangt sind und infolgedessen zu immer radikaleren Konsequenzen. Der entscheidende Punkt ist in der Tat, daß man eine plurale Diskussion dieser Situation zuläßt und daß man darauf verzichtet, die alten Machtmittel einzusetzen, um die Utopie, die man hat – ein reformierter Kommunismus, eine reformierte und dann auf ewig lebensfähige Sowjetunion –, aufrechtzuerhalten.

Meine Bemerkungen zur Rolle der Nationalitäten waren, das gebe ich zu, infolge der beschränkten Zeit in der Tat etwas verkürzt. Man muß sehen, daß in der letzten Phase die sowjetische Führung auch zu der Vorstellung einer föderativen Neuordnung gelangt ist, die meines Erachtens das ist, was sich als Schlußfolgerung anbietet. Natürlich sind Nationalbewegungen ein Mittel zur Emanzipation, zur Verwirklichung von Selbstbestimmung. Für sich allein lösen sie aber nicht das Problem der Freiheit der anderen Nationen. Die Suche nach Wegen, beides miteinander zu vereinbaren, verdient alle Anstrengung. Insofern auch mein Nachtrauern im Zusammenhang mit dem Umstand, daß wohl doch nicht alle Chancen für einen geordneteren Übergang zu postkommunistischen Gesellschaften genutzt worden sind.

Dies ist – ich betone das noch einmal; ich habe das bereits in meinen Ausführungen gesagt – kein Urteil über die Angemessenheit von politischen Entscheidungen einzelner Beteiligter. Es ist lediglich der Versuch, auf Zusammenhänge hinzuweisen, die sich aus dem Handeln ergeben, auch darauf hinzuweisen, daß niemand ganz unschuldig entscheiden kann.

Der Preis, den ich angedeutet habe im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Einheit, bezogen auf die NATO: Das war wirklich relativ bequem für die westliche Seite, bequemer als viele andere Ideen, die in diesen Monaten in der Diskussion waren, Stichwort: die Rolle der Bundesrepublik ähnlich der Rolle Frankreichs oder auch noch die Genscher-Variante, die man im ersten Halbjahr 1990 diskutiert hat, oder eine starke Umstrukturierung des westlichen Bündnisses überhaupt.

Es gab eine Fülle von Modellen, die Herr Meckel Ihnen viel plastischer und in mehr Einzelheiten darlegen kann als ich. Man sollte nicht im nachhinein so tun, als ob die Entscheidung, die man getroffen hat, alternativlos gewesen wäre.

Zu der Frage, ob die sowjetischen Generalsekretäre mit der Lösung „Geld für NATO“ glücklich gewesen seien: Es gibt eine Reihe von Zeugnissen – eines habe ich hier zitiert – über die große Erbitterung, die es in Moskau wegen dieser Lösung gegeben hat. Ich habe auch gesagt: Ich kann nicht beurteilen, wie groß die Rolle war, die das gespielt hat; dazu müssen wir über den gesamten Quellenkomplex verfügen. Das werden wir vielleicht in zehn Jahren tun können.

Zum „Sieg des Westens“: Meine Formulierungen richteten sich gegen eine verbreitete und, wie ich finde, bequeme Redeweise auf der westlichen Seite, der Kalte Krieg sei vorbei, man habe ihn gewonnen. Ich habe nicht gesagt, daß dies falsch ist, sondern ich habe gesagt: Es ist irreführend in der Hauptsache, weil es geeignet ist, den eigenen Anteil der östlichen Seite, und zwar sowohl der Bewegungen von unten als auch der Entscheidungen an der Spitze – beides gehört zusammen; das eine ist ohne das andere nicht denkbar –, zu übersehen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Dehnel, Sie haben sich noch einmal nach dem Datum erkundigt. Wenn man von einer konkreten Aufteilung Deutschlands sprechen kann, die nachher für uns Schicksal geworden ist, so muß man den 12. September 1944 nennen, weil damals die Europäische Beratende Kommission die Aufteilung Deutschlands in militärische Besatzungszonen entschieden hat. Im Frühjahr 1945 kam dann Frankreich noch hinzu. Das alles war politisch nicht intendiert, sondern militärisch gedacht. Es ist aber später politisch umgesetzt worden.

Zu dem, was Herr Hansen gefragt hat – Stichwort: europäischer Bürgerkrieg –: Ich glaube, das wäre in einem größeren Zusammenhang aufzuarbeiten. Ich warne allerdings davor, daß man erklärt, Auschwitz sei die Antwort auf GULag. So einfach sind die Dinge natürlich nicht. Aber das ist ja inzwischen weitgehend geklärt.

Herr Weisskirchen, das Dilemma im Zusammenhang mit diesem europäischen Bürgerkrieg ist ja: Wir stehen mitten in einem viel dramatischeren europäischen Bürgerkrieg, der eine ganz andere und leider auch militante Dimension hat.

Herr Wilke, das, was Sie gesagt haben, hat mich ein wenig überrascht. Das entscheidende Moment war Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre – Stichwort: Korb 3 von Helsinki –, daß der Westen es verstanden hat, den Wunsch der Sowjetunion zu konterkarieren. Der Hauptwunsch der Sowjetunion bestand in der Anerkennung dessen, was man 1945 militärisch gewonnen hatte;

Status quo, die sogenannten „zehn Gebote“. Das zweite Hauptmotiv waren wirtschaftliche Kooperation, wirtschaftliche Hilfe.

Der Westen hat sehr geschickt argumentiert: gut, unter den Bedingungen der freien Information. Dieser Korb 3 ist weder von Herrn Ulbricht noch von Herrn Honecker bzw. von Herrn Breschnew in seiner Sprengkraft am Anfang hinreichend erkannt worden. Erst 1975 und 1976 sah man – wir können das genau verfolgen –, wie die Völker in Osteuropa beginnen, sich dieses Instruments zu bedienen und sich auf die KSZE zu berufen. Daraufhin sagte man: So haben wir uns das nicht vorgestellt. Man versuchte systematisch, solche Bestrebungen abzublocken. Es war aber im Grunde schon zu spät dazu. Wir hatten damit die Chance, diesen Bereich zu unterwandern. Insofern lag hier eine völlige Fehleinschätzung durch Herrn Ulbricht vor, der Hurra geschrien und erklärt hat: Endlich wird das anerkannt, was wir anerkannt haben wollen! Er hat nicht gesehen, welche Sprengkraft Korb 3 hatte.

Herr Müller, eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen. Ich habe von der subjektiven Vorstellung Adenauers in den 50er Jahren gesprochen. Sie haben erklärt, das sei objektiv so gewesen. Das stimmt nicht. Wir haben Unterlagen gefunden, aus denen hervorgeht, daß in der Zeit der großen Krise nach Korea der amerikanische Geheimdienst nicht die Auffassung vertrat, daß dieses Beispiel Korea auf Europa übertragbar sei. Man hat anders argumentiert: Das ist noch gar nicht soweit. Aber Adenauer hatte dieses subjektive Bedrohungsgefühl. Er meinte, es wird eines Tages doch kommen. Er hatte keine objektiven Daten bezüglich eines Angriffs auf Europa vom Osten aus. Das ist heute wissenschaftlich nachgewiesen.

Herr Fischer, Sie haben vollkommen recht, das Problem der Auflockerung in Osteuropa und des Wandels ist keine Frage erst seit Gorbatschow, sondern es ging um die Frage, wie durch verbesserte Kommunikation und Kooperation bestimmte intellektuelle Kreise in der Sowjetunion im Hinblick auf die Notwendigkeit des evolutionären Wandlungsprozesses angesprochen werden konnten. Ich freue mich, daß mein Freund und Kollege Daschitschew Ende Oktober bei uns sprechen wird. Er wird verdeutlichen, wie wir Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in der Kooperation schon weit über das hinausgekommen waren, was dogmatischerweise immer noch vertreten wurde. Er hat mit Recht immer wieder darauf hingewiesen: Wir haben Denkschrift für Denkschrift nach oben gegeben, an Andropow und den Greis, der ihm nachfolgte, aber diese Personen waren so in ihrer Festungsmentalität verhaftet, daß sie nicht in der Lage waren, den Wandlungsprozeß und die Notwendigkeit, auf die westliche Politik eine vernünftige Antwort zu geben, zu begreifen. Es bedurfte eben eines Mannes wie Gorbatschow, diese Anregungen aufzunehmen und zu sagen: So kann es nicht weitergehen.

Ich glaube, die Konsequenz aus Korb 3 von Helsinki wurde schon Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in vielen Kreisen diskutiert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es tut mir leid, Herr Professor Jacobsen, Ihnen an einer Stelle widersprechen zu müssen, aber ich muß es tun, weil sich sonst Berliner möglicherweise eine falsche Hoffnung machen: Ihr Freund Daschtschew wird nicht hier in Berlin reden, sondern in Bonn anlässlich einer Veranstaltung der Enquete-Kommission.

Hermann Graml: Herr Hansen, Sie haben gesehen, daß die Noten von 1952 weiterhin diskutiert werden. Diese Situation wird sich nicht ändern, denn wir sind leider nicht fähig, Herrn Stalin herbeizuzitieren und ihn zu fragen, was er sich bei der ganzen Sache gedacht hat. Ich wage zu bezweifeln, daß wir, sollte sich, was keineswegs sicher ist, die Archivlage weiterhin bessern, selbst bei Kenntnis von Protokollen der Politbürositzungen usw. den letzten Absichten von Stalin in wirklich faßbarer Form näherkommen. Wir werden nach wie vor darauf angewiesen sein, aus dem Verlauf der Dinge und den Indizien, die dieser Verlauf geliefert hat, unsere Schlüsse zu ziehen. Mehr können wir nicht tun. Für mich sind diese Schlüsse eindeutig.

Herr Weisskirchen hat eine sehr interessante Bemerkung gemacht: Die Westdeutschen sind in eine Haut hineingewachsen, die andere zur Verfügung gestellt haben. Das ist auf der einen Seite ganz ohne Frage richtig, klammert aber zunächst einmal den Part aus, den die Westdeutschen selber dabei gespielt haben. Sie sind ohne Frage mit wachsendem Eifer in diese Haut hineingeschlüpft, mit wachsendem Gewinn.

Ich bin durchaus der Meinung: Wir haben es hier mit einer Periode zu tun, die sich von der von Herrn Loth zu behandelnden erheblich unterscheidet. Sie ist in vieler Hinsicht schmerzhafter, aber in anderer Hinsicht wiederum einfacher.

Die Erfahrung der NS-Herrschaft hatte die Mehrzahl der politisch aktiven und interessierten Deutschen gelehrt, geistige Freiheit und politische Freiheiten als höchste Güter zu schätzen. Gerade diese aber bedrohten Sowjetunion und SED mit Zerstörung. In der Diagnose wie im Willen zur Abwehr stimmten in Westdeutschland demokratische Sozialisten, christliche Demokraten und Liberale aller Schattierungen überein. Der Schauer vor sowjetischer Expansion darf als Reaktion von Menschen charakterisiert werden, die sich mit Recht als Gründergeneration einer politischen Kultur fühlten und eben diese politische Kultur, noch jung und verletzlich und deshalb besonders ängstlich gehütet, in ernster Gefahr glaubten.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Sehr richtig!

Die Haltung der Westmächte zur Wiedervereinigung in der Zeit zwischen 1949 und 1955 – das ist die Periode, mit der ich es hier zu tun habe – ist an sich gar nicht so schwierig zu charakterisieren. Frankreich hat zu seiner Überraschung nach schmerzhaften Erfahrungen in den ersten Jahren nach Kriegsende doch so etwas wie eine Verkleinerung des deutschen Staatsgebiets durch die Entwicklung geschenkt bekommen. Damals von Frankreich irgendwelche

Unterstützung für einen Prozeß zu gewinnen, der zur Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates führen sollte, war schlechterdings unmöglich. Deshalb hat die französische Regierung – anders als vielleicht in der einen oder anderen Situation Francois Poncet – selbstverständlich auf die Aussicht, die mit der sowjetischen Note geboten wurde, mit strikter Ablehnung reagiert. Das kann man praktisch auf alle Faktoren der französischen Politik ausdehnen.

Bei Großbritannien war die Situation schon etwas zweideutiger. Die Briten lebten immer noch in dem Gefühl – solche Gefühle sterben bekanntlich sehr hartnäckig ab –, vom Kontinent etwas abgesetzt zu sein. Sie haben die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands etwas gelassener betrachtet, sofern garantiert war, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland nicht der anderen Seite anschließen kann. Sofern das durch die Wiederherstellung des Kontrollrates, um es einmal ganz brutal auszudrücken, erreichbar gewesen wäre – gut und schön. Aber gerade das Kontrollratssystem hat sich in dieser Hinsicht als untauglich erwiesen bzw. als eine potentielle Gefahr, weil dies die Möglichkeit in sich barg, die Mitsprache der Sowjetunion nach Westen auszudehnen. Von Großbritannien am Ende eine andere Haltung zu erwarten als die strikte Ablehnung irgendwelcher Neutralisierungsideen, wäre wirklich völlig verfehlt gewesen.

Bei den Vereinigten Staaten liegt der Fall natürlich etwas anders. Die Vereinigten Staaten hatten, was zumindest bei Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Ländern auch eine Rolle gespielt hat, keine Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland, wohl aber hatten sie große Befürchtungen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland entstehen könnte, das die Freiheit hat, sich unter Umständen der Gegenseite anzuschließen, oder, weil es vorübergehend eine Art von Freiheit eingeräumt bekommt, die Möglichkeit in sich entwickelt, der östlichen Seite sozusagen zum Opfer zu fallen.

Es gibt ein wunderschönes Strategiepapier des National Security Council von 1953 – selbstverständlich war 1952 die Lagebeurteilung nicht um ein Jota anders –, in dem klipp und klar steht: Wiedervereinigung Deutschlands ja, wenn sich das wiedervereinigte Deutschland dem Westen anschließen kann. Jede andere Möglichkeit war für die Politik der Westmächte nicht akzeptabel.

Deshalb war, was immer Stalin mit seiner Notenpolitik beabsichtigt hat, dieses Angebot für die Westmächte nicht akzeptabel, solange ganz bestimmte Punkte westlicher Politik in Gefahr gerieten.

Vorhin wurde gesagt, die Konferenz von Jalta habe die Entscheidung für die Teilung gebracht. Das ist in dieser Form einfach falsch. Zu Beginn der Konferenz von Jalta haben die beteiligten Chefs der drei Großmächte noch einmal ihre Absicht bekräftigt, Deutschland aufzuteilen, um dann im weiteren Verlauf der Konferenz mit immer größerer Geschwindigkeit von diesem Standpunkt abzurücken. Am Ende der Konferenz von Jalta wurde der

Beschluß gefaßt, dieses dornige Problem der Behandlung Deutschlands einem Ausschuß zu übertragen. Man verhandelte in London weiter über diese Frage. Zum großen Erstaunen des sowjetischen Vertreters in diesem Gremium standen die Vertreter der Westmächte plötzlich auf dem Standpunkt, daß die Einheit Deutschlands, natürlich mit Ausnahme der Ostgebiete, erhalten werden soll. Er erkundigte sich zu Hause und bekam ganz offensichtlich die Mitteilung: Jawohl, das ist auch unsere Ansicht.

Diese Konferenz der Botschafter in London endete mit dem eindeutigen Ergebnis, bekräftigt durch die Konferenz von Potsdam, daß die Einheit der vier Besatzungszonen in Deutschland erhalten werden solle. Daß auf der Konferenz von Potsdam sogleich ein Beschluß gefaßt wurde, der diese Einheit praktisch wieder zerstörte, und zwar durch die dort getroffene Reparationsregelung, steht auf einem anderen Blatt. Die Bedeutung dieser Reparationsregelung war dem einen oder anderen im Foreign Office oder im französischen Außenministerium klar; den in Potsdam Tagenden war sie offensichtlich nicht klar.

In Jalta ist – insofern ist nicht Jalta selbst, sondern die Folgezeit schärfer in den Blick zu nehmen – ein einvernehmliches Vorgehen der Siegermächte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa vereinbart worden. Eine entsprechende Deklaration ist formuliert und unterschrieben worden. Daß diese Deklaration noch während sie ausgehandelt, formuliert und unterschrieben wurde, von sowjetischer Seite ignoriert wurde, steht auf einem anderen Blatt. Dieses Ignorieren des Akkords von Jalta in dieser Hinsicht beherrschte praktisch die interalliierten Beziehungen in den folgenden 12 oder 24 Monaten. Es ging zunächst und an erster Stelle um Polen. Es ging dann sehr rasch aber auch um Rumänien und Bulgarien und am Ende auch um die Tschechoslowakei, die sich bereits bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in einer Weise als Gehilfe Moskauer Politik präsentierte, die zu erheblichen Befürchtungen Anlaß geben mußte.

Es ist verfehlt, in Jalta die eigentliche Schaltstelle für die Nachkriegsentwicklung zu sehen. Die Entwicklung nicht zuletzt in der deutschen Frage, die zur Trennung des Besatzungsgebiets führte, ist nach meiner Meinung zerbröckelt. Diese Meinung kann aber durchaus falsch sein, weil wir noch keineswegs über alle sowjetischen Quellen verfügen, die diesbezüglich von Wichtigkeit sein können. Den ersten Anlaß dazu hat die französische Haltung im Alliierten Kontrollrat gegeben, die politikblockierend gewirkt hat, was in einer solchen Situation natürlich außerordentlich gefährlich ist. Sie hatte zunächst die Folge, daß die Politik der Militärgouverneure in Deutschland in eine Selbständigkeit entlassen wurde, die verheerend gewirkt hat und verheerend wirken mußte.

Nach meinem Eindruck ist um die Jahreswende 1945/46 eigentlich auf allen Seiten die Vorstellung entstanden, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit Sicherheit der Gegenseite zugute kommen muß. Nach dieser Maxime haben sich alle verhalten. Bei den Briten ist das durch Dokumente

nachzuweisen. Bei den Amerikanern stellt sich im Laufe des Jahres 1946 eine ähnliche Auffassung ein, jedenfalls in dem Umfang, daß sie mit den Briten in der Deutschlandpolitik kooperationsfähig werden.

Ich bin davon überzeugt, daß sich für die sowjetische Seite ein ähnliches Bild ergeben wird, wenn wir die sowjetischen Schlüsseldokumente zu dieser Frage wirklich kennenlernen. Etliche politische Maßnahmen deuten darauf hin, daß die Sowjetunion bereits Ende 1945 als erste den Schluß gezogen hat: Finden wir uns damit ab, daß wir unser Besatzungsgebiet behalten, und damit aus.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben nun gut acht Stunden lang einen scharfen Gang durch die Rahmenbedingungen deutscher Nachkriegsgeschichte getan. Für mich persönlich war das gut zu verkraften, weil – entschuldigen Sie bitte, Professor Fischer – nicht alles akademisch historisch war, sondern auch Befindlichkeiten von Menschen sehr klar zum Ausdruck kamen. Ich denke in diesem Zusammenhang an Herrn Dr. Mitter und Herrn Dr. Wolle. Ich denke vor allen Dingen – lassen Sie mich das so ganz persönlich sagen – an das, was unsere Kollegin Wisniewski über ihr eigenes Leben erzählt hat. Mir ist an dieser Stelle noch einmal deutlich geworden, wie wenig wir voneinander wissen. Ich begreife die Kollegin – jedenfalls bilde ich mir das ein – jetzt viel besser als zuvor, weil ich viel mehr aus ihrem Leben weiß. Dafür sage ich ein Dankeschön.

Immer wieder hat uns am Rande die, wie ich finde, akademische Frage gequält: Wer ist denn nun der Gewinner? Ich schlage auf diese Frage eine ganz schlichte Antwort vor: nicht Ost oder West, sondern die Menschen, die damals eingesperrt und unterdrückt waren. Sie sind die Gewinner der Veränderungen von 1989 und 1990.

Ich möchte allen, gerade denjenigen, die nicht Mitglieder der Enquete-Kommission sind, dafür danken, daß sie bis zuletzt ausgeharrt haben. In besonderer Weise möchte ich den polnischen Staatsbürgern unter uns danken, daß sie an deutscher Geschichte so interessiert sind, daß sie die ganze Zeit hier anwesend waren. (Beifall)

Morgen wird uns gerade dieser Bereich ein Stück stärker interessieren. Morgen werden weniger die internationalen Rahmenbedingungen behandelt, die sich doch fast ausschließlich auf die vier Großmächte ausgedehnt haben, sondern mehr die Frage: Welche Wechselwirkung hat es zwischen der DDR und Polen oder zwischen der DDR und der Tschechoslowakei gegeben?

Ich möchte Ihnen Lust machen, darüber nachzudenken, ob wir spontan eine Möglichkeit sehen, Herrn Reiter in irgendeiner Form mit einzubinden. Er wird morgen unter uns sein. Es wäre schade, wenn er bloß ein Zuhörender wäre. Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ende der Sitzung 19.14 Uhr